

„Seit Köln“, und „nach Chemnitz“ – Schlüsselereignisse im parlamentarischen Diskurs

Tobias Weiß · Marina König · Christian Stecker · Jochen Müller ·
Andreas Blätte · Marcel Lewandowsky

Eingegangen: 16. Juli 2020 / Überarbeitet: 15. März 2021 / Angenommen: 17. März 2021 / Online
publiziert: 4. Mai 2021
© Der/die Autor(en) 2021

Zusammenfassung Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und die Vorfälle in Chemnitz 2018 sind Schlüsselereignisse der jüngeren deutschen Geschichte, die eng mit den Konflikten in der Migrations- und Integrationspolitik verbunden sind. Wir untersuchen die diskursive Verarbeitung dieser Ereignisse in den Landtagen. Dazu verbinden wir qualitative und quantitative Verfahren der Textanalyse und werten einen umfangreichen Korpus aller Plenardebatten aus, die seit den Silvesterereignissen in Köln stattfanden. Unsere quantitative Textanalyse zeigt, dass Köln und Chemnitz fortwährend im parlamentarischen Diskurs nachhallen. Mit einer Framing-Analyse identifizieren wir die Deutungsmuster der Parteien. Wir stellen fest,

T. Weiß · M. König
Mannheimer Zentrum für europäische Sozialforschung (MZES), Universität Mannheim, Mannheim,
Deutschland

T. Weiß
E-Mail: tobias.weiss@mzes.uni-mannheim.de

M. König
E-Mail: marina.p.koenig@gmail.com

PD Dr. C. Stecker (✉)
Institut für Politikwissenschaft, Technische Universität Darmstadt, Darmstadt, Deutschland
E-Mail: christian.stecker@tu-darmstadt.de

Prof. Dr. J. Müller
Institut für Sozialwissenschaften, Humboldt-Universität zu Berlin, Berlin, Deutschland
E-Mail: jochen.mueller@hu-berlin.de

Prof. Dr. A. Blätte
Institut für Politikwissenschaft, Universität Duisburg-Essen, Duisburg, Deutschland
E-Mail: andreas.blaette@uni-due.de

Dr. M. Lewandowsky
Center for European Studies, University of Florida, Gainesville, USA
E-Mail: mlewandowsky@ufl.edu

dass die Kölner Silvesternacht die bekannten parteipolitischen Deutungsmuster im parlamentarischen Diskurs zwar herausfordert nicht jedoch grundlegend verändert. Dagegen macht Chemnitz 2018 neue parteipolitische Interpretationsangebote, sowie eine zunehmende Polarisierung zwischen AfD und etablierten Parteien sichtbar.

Schlüsselwörter Schlüsselereignisse · Framing · Politischer Diskurs · Parlament · Populismus

“Since Cologne”, and “after Chemnitz”—key events in German parliamentary discourse

Abstract New Year’s Eve 2015 in Cologne and unrests in Chemnitz in 2018 are key events in recent German history that are closely linked to conflicts in migration and immigration policy. We evaluate how these events were processed in the parliamentary discourse in German state legislatures. To this end, we bring together qualitative and quantitative approaches to text analysis and analyze a comprehensive corpus of plenary debates that took place since the events at 2015–16 New Year’s Eve. Our quantitative text analysis shows that Köln and Chemnitz have long-lasting impact as points of reference in parliamentary discourse. With the help of a framing analysis we identify parties’ interpretative patterns. We find that the New Year’s Eve in Cologne has challenged, however, not fundamentally changed the partisan interpretative patterns. Chemnitz 2018, by contrast, reveals new partisan interpretations as well as an increasing polarization between the AfD and the established parties.

Keywords Key events · Framing · Political discourse · Parliament · Populism

1 Einleitung

In der Silvesternacht 2015/2016 kam es in der Kölner Innenstadt zu zahlreichen sexualisierten Übergriffen und weiteren Straftaten. Nach Einschätzung der Polizei handelte es sich bei den Tätern „weit überwiegend um Männer aus dem nordafrikanischen-arabischen Raum“ (Egg 2017, S. 302). Die Ereignisse in Köln lösten bundesweite Bestürzung aus und setzten eine Kaskade von Debatten in Gang. Zum einen ging es dabei um Themen, die im direkten Zusammenhang mit den Vorkommnissen standen, wie etwa die Einsatzführung der Kölner Polizei (Behrendes 2016). Die Ereignisse revitalisierten aber auch grundlegendere Fragen etwa zur Verbreitung und Akzeptanz sexualisierter Gewalt oder zur Praktikabilität des deutschen Sexualstrafrechts. Politisch besonders bedeutsam war der Bezug zur Migration und zur jüngeren Flüchtlingspolitik der CDU/CSU/SPD-geführten Bundesregierung unter Kanzlerin Angela Merkel (Alexander 2017). Wurde der humanitäre Akt der Grenzöffnung zunächst weithin als Willkommenskultur gefeiert, markierte Köln für viele einen Wendepunkt, an dem die „Wir schaffen das“ – Rhetorik auf die Realitäten einer „Flüchtlingswelle“ prallte. Noch lauter wurden nun die Klagen, dass die legitimen Einwände einwanderungsskeptischer Bürger*innen nicht angemessen berücksichtigt wurden (z. B. Patzelt 2017, 2018). Nicht Wenige sahen in den Silvesterereignissen

gar eine direkte und unvermeidbare Folge der unregulierten Zuwanderung von Männern aus konservativ muslimisch geprägten Herkunftsländern (Ghadban 2016).

Am 26. August 2018 wurde in Chemnitz am Rande des Stadtfests ein 35 Jahre alter Deutscher mit kubanischen Wurzeln durch Messerstiche getötet. Tatverdächtig waren zwei junge Erwachsene aus dem Irak und Syrien. Am Nachmittag desselben Tages zogen ca. 1000 Teilnehmer einer von rechtsextremen Hooligans organisierten Demonstration durch Chemnitz aus deren Mitte „ausländisch aussehende“ Menschen angegriffen wurden. Die darauffolgenden Tage standen bundesweit im Schlagschatten von Chemnitz. Während das Tötungsdelikt einhellig verurteilt wurde, entzündete sich intensiver Streit über andere Aspekte, die teils direkt, teils indirekt mit dem Ausgangsereignis verbunden waren: Hatte die Polizei richtig gehandelt? Inwieweit kam es tatsächlich zu Hetzjagden? Waren die Demonstrationen legitimer Protest gegen die Flüchtlingspolitik der Bundesregierung oder rechtsextreme Auswüchse? Wie groß ist das Problem des Rechtsextremismus überhaupt und wie groß ist es insbesondere in Ostdeutschland?

Köln und Chemnitz gelten als Schlüsselereignisse der jüngeren deutschen Geschichte. Sie haben grundlegende gesellschaftliche Fragen aufgeworfen oder ihnen zumindest eine deutlich verstärkte Aufmerksamkeit verliehen. Bis heute prägen sie den Diskurs und werden regelmäßig referenziert – „Ereignisse wie in Chemnitz“ oder „nach Köln“ sind gebräuchliche Chiffren in der Kommunikation – jede*r weiß, worum es geht. Gänzlich gegensätzlich ist allerdings, in welche *Frames* die Ereignisse gesetzt werden. Reden unterschiedliche Akteure über Köln oder Chemnitz, betonen sie ganz unterschiedliche Aspekte der Ereignisse (z. B. ein mögliches Versagen der Polizei oder die Herkunft der Täter), bieten diverse kausale Interpretationen (z. B. zu Implikationen der Flüchtlingskrise oder zum allgemeinen Sexismus in Deutschland) und moralische Bewertungen.

In diesem Artikel beleuchten wir in vergleichender Perspektive die diskursive Resonanz von Köln und Chemnitz in Landtagsdebatten unter Rückgriff auf qualitative und quantitative Verfahren der Textanalyse. Dabei geht es um die Frage, inwieweit Köln und Chemnitz tatsächlich die disruptiven Schlüsselereignisse waren, als die sie weithin beschrieben werden. In einem ersten Schritt betrachten wir die Häufigkeit mit der die Ereignisse referenziert werden. Hierzu analysieren wir einen neuen und umfangreichen Korpus von Plenardebatten, die seit den Silvesterereignissen in Köln in den deutschen Landtagen stattfanden. In einem zweiten Schritt identifizieren wir die unterschiedlichen *Frames*, in denen die Parteien diese Schlüsselereignisse diskutierten. Wir betrachten dazu elf ausführliche thematisch fokussierte Debatten, die zeitlich nah an den Ereignissen liegen. Die Variation hinsichtlich der Parteienzusammensetzung und Regierungs-/Oppositionskonstellationen verspricht vielschichtige empirische Einblicke in den Diskurs selbst und in mögliche Erklärungen des diskursiven Verhaltens der politischen Akteure (vgl. Henkes und Kneip 2010). Zudem können wir daran untersuchen, inwiefern die Deutungsmuster der Parteien zu Köln und Chemnitz eine prominente zeitgeschichtliche Diagnose zu neuen Entwicklungen im politischen System Deutschlands stützen, nach der sich das Meinungsspektrum in Deutschland mit dem Aufkommen der AfD stark polarisiert hat (Alikhani und Rommel 2017, S. 21–23; Atzpodien 2020).

Das Augenmerk unserer qualitativen Analyse liegt auf der Problem- und Lösungskonstruktion im Sinne klassischer Framing-Analysen (Entman 1993; Hänggeli und Kriesi 2012) als ein Teil des breiteren diskursanalytischen Forschungsprogramms, in dem beispielsweise auch latente Bedeutungen, Metaphern und Machtstrukturen in Diskursen Analysegegenstand sein können (Keller 2011).

Unsere Ergebnisse zeigen, dass die Deutungsmuster in den Debatten nach Köln den bekannten parteipolitischen Grundsätzen in den unterschiedlichen Politikfeldern entsprechen. In Folge der Ereignisse in Chemnitz waren dagegen auch neue parteipolitische Interpretationsangebote zu beobachten. In allen Debatten werden zudem die im parlamentarischen Mehrebenensystem der Bundesrepublik angelegten strukturellen Konflikte und damit verknüpfte Kommunikationsanreize deutlich: So weisen Oppositionsparteien häufig den Parteien der Landesregierung eine Mitverantwortung zu, während diese die Verantwortung bei ihren Vorgängerregierungen bzw. der Bundesregierung erkennen (Stecker 2015). In den Debatten nach Chemnitz zeigen sich Unterschiede zwischen ostdeutschen und westdeutschen Landtagen in der regionalen Verortung der Probleme mit Extremismus. Des Weiteren präsentiert sich die AfD tendenziell als weniger differenzierungswillig, aber auch als eine Partei die bis dato kaum präzise Interpretationsangebote in den parlamentarischen Diskurs eingebracht hat. Zudem können wir nach den Ereignissen in Chemnitz eine stärkere Polarisierung und Moralisierung in den Debatten feststellen. Nach Köln diskutierten die etablierten Parteien über konkrete Probleme und Lösungen, während nach Chemnitz die Konflikte zwischen AfD und etablierten Parteien ins Zentrum der Debatte rücken.

Im Folgenden umreißen wir zunächst die Bedeutung von Schlüsselereignissen für den politischen Diskurs. Danach werden die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und die Ereignisse in Chemnitz 2018 mithilfe einer quantitativen Textanalyse aller Landtagsdebatten als wichtige Schlüsselereignisse der jüngeren deutschen Geschichte vorgestellt. Anschließend präsentieren wir die Ergebnisse einer ausführlichen qualitativen Framing-Analyse zu ausgewählten Debatten nach Köln und Chemnitz.

2 Schlüsselereignisse und ihre Bedeutung für den politischen Diskurs

Schlüsselereignisse sind prädestiniert für die Analyse politischer Diskurse und darin vorgebrachter Deutungsmuster. Zunächst können Ereignisse als zeitlich und räumlich klar abgrenzbare Geschehnisse (z. B. ein Verkehrsunfall) gefasst werden. Schlüsselereignisse heben sich wiederum durch eine „extreme Ausprägung von Merkmalen wie Überraschung, Schaden, Reichweite oder Relevanz“ (Arendt et al. 2017, S. 137) davon ab, sie ragen aus der fast unendlichen Menge von Alltagsereignissen heraus. Zwar mögen sie oft nur eine begrenzte Zahl Menschen direkt betreffen, sie rücken aber aufgrund ihrer Wucht – was Überraschung oder Schaden angeht – in die Wahrnehmung eines viel größeren Kollektivs. Viele Menschen sind dadurch angeregt, über das Ereignis nachzudenken, es zu interpretieren und diese Interpretationen auch miteinander zu teilen (Kepplinger 2011, S. 75). Bei politischen Schlüsselereignissen tritt hinzu, dass diese Interpretationen besonders von Regierungen, Parteien bzw. einzelnen Politiker*innen vorgenommen werden, die diese untereinander und der

demokratischen Öffentlichkeit kommunizieren. Politische Schlüsselereignisse sind nicht selbst-konstituierend. Maßgeblich für die Konstruktion als Schlüsselereignis ist, wie stark und in welcher Form Medien darüber berichten (Koopmans und Muis 2009). Die Konstruktion eines Schlüsselereignisses ist im Kampf um begrenzte öffentliche Aufmerksamkeit selbst Gegenstand des politischen Wettbewerbs (Green-Pedersen und Mortensen 2010).

Von besonderem Interesse sind politische Schlüsselereignisse, weil sie eine diskursive Reaktion politischer Akteure herausfordern und die zu Grunde liegenden politischen Werte, Positionen und Denkmuster überhaupt erst beobachtbar machen. Dergestalt sind Schlüsselereignisse ein *Trigger* für das Zusammensetzen konkreter Interpretationen. Schlüsselereignisse können zudem, je nach genauer Art des Ereignisses, auch eingetübte Wahrnehmungs- und Verarbeitungsroutinen durchbrechen und gänzlich neue Interpretationen begünstigen.

Exemplarisch zeigt sich diese Diskursanregung und -veränderung anhand der islamistischen Terroranschläge auf die USA vom 11. September 2001. Zunächst war die Aufmerksamkeit für das Ereignis an sich weltumspannend. Aber auch Themen, wie Terrorismus und Islamismus, die in der diskursiven Einordnung und Deutung mit 9/11 verknüpft wurden, wurden intensiver und konfliktreicher diskutiert (vgl. Arendt et al. 2017, S. 138). So schnellte etwa die Aufmerksamkeit deutscher Parteien für den Islam nach den Anschlägen in die Höhe, ohne dass sich etwa die Zuwanderung von Muslimen relevant geändert hätte (Kortmann et al. 2019). Die Religion erfuhr zudem eine umfangreiche Neubewertung, insbesondere im Hinblick auf die Frage, inwieweit sie aus sich selbst heraus Gewalt begünstigt (Aziz 2005).

Vor diesem Hintergrund sind Schlüsselereignisse nicht nur empirisch ergiebig, indem sie beobachtbare und analysierbare Diskurse anstoßen. Schlüsselereignisse können auch normativ produktiv sein. So zeigen Koopmans und Muis (2009) beispielsweise, dass es dem Rechtspopulisten Pim Fortuyn in den Niederlanden gelungen war, mit seinen Diskursstrategien lang vorhandene Repräsentationslücken mit Bezug auf Zuwanderung und Integrationsparadigmata sichtbar zu machen. Auch können Schlüsselereignisse im Sinne Boltanskis einen „Imperativ der Rechtfertigung“ erzeugen (vgl. Celikates 2008, S. 124–125), der politisch mittelbar und unmittelbar für ein Ereignis verantwortliche politische Akteure zur Erklärung verpflichtet.

Auch zu diskursiven Auswirkungen des Kölner Silvesterereignisses finden sich bereits wissenschaftliche Analysen. So wurde die Kölner Silvesternacht aus kriminologischer (Behrendes 2016; Egg 2017), gruppenpsychologischer (Kühl 2017), migrationspolitischer (Bock 2018; Klemm 2017; Weber 2016), feministischer (Kersten 2016), postkolonialer (Castro Varela und Dhawan 2016) und sogar internationaler (Riabova und Riabov 2019; Weber 2016) Perspektive betrachtet. Diese Betrachtungen beschäftigten sich jedoch mit den Ereignissen selbst oder der Berichterstattung darüber und lassen keine Rückschlüsse auf die parteispezifischen Interpretationsangebote zu. Nur Klemm (2017) hat sich intensiv mit der Auswirkung dieses Schlüsselereignisses auf den Asyldiskurs im deutschen Bundestag auseinandergesetzt. Sie argumentiert anhand einer Diskursanalyse von fünf Debatten unter anderem, dass die Unterscheidung in mehr oder weniger schutzbedürftige Menschen durch die Kölner Ereignisse verstärkt wurde und schließt, dass sich damit die „Grenzen des Sagbaren“ (weiter) verschoben haben (Klemm 2017, S. 6–7, 58).

Unsere Analyse geht in verschiedener Hinsicht über bisherige Studien zur Kölner Silvesternacht hinaus und stellt im Fall Chemnitz 2018 die bisher erste systematische Untersuchung dar. Zum einen möchten wir ein größeres Spektrum parteipolitischer Deutungsmuster ausleuchten. Dabei darf die AfD nicht fehlen, da ihr großer Einfluss auf den politischen Diskurs der letzten Jahre attestiert wird (Pfahl-Traugher 2019; Schellenberg 2013; Wodak et al. 2013). Sie war zum Zeitpunkt der Kölner Silvesternacht jedoch noch nicht im Bundestag vertreten, sodass wir auf ihre Präsenz in den Landesparlamenten zurückgreifen. Zum anderen interessieren wir uns für die zeitliche Entwicklung des Diskurses. Die Schlüsselereignisse von Köln und Chemnitz fallen in unterschiedliche Phasen der AfD und ihrer Interaktion mit den etablierten Parteien (siehe hierzu Arzheimer und Berning 2019; Decker 2018; Jankowski und Lewandowsky 2018; Schroeder und Weßels 2019). Die Kölner Silvesternacht fand nur wenige Monate nach einer personellen und inhaltlichen Veränderung der AfD Mitte 2015 statt. Beim Essener Parteitag ersetzte die AfD ihren Gründungsvorsitzenden durch national-konservative Protagonisten. Die Chemnitzer Vorfälle im Herbst 2018 ereignen sich in einer Phase der weiteren Radikalisierung der AfD.¹ Darüber hinaus liegen zu den Debatten im Anschluss an Chemnitz 2018 bisher keine ausführlichen und systematischen Analysen vor.

Um nachzeichnen zu können, wie Parteien auf Schlüsselereignissen Bezug nehmen, verfolgen wir einen Ansatz, der auf Wörterbücher zurückgreift. Dabei wird der gesamte Korpus – hier die Menge an Plenarreden in den Länderparlamenten – nach Schlüsselworten (z. B. „Köln“, „Chemnitz“) bzw. plausiblen Kompositionen (z. B. „Ereignisse der Silvesternacht“) durchforstet. Einstürzende Stadtarchive, der sprichwörtliche Klüngel oder der Karneval lassen vermuten, dass sich Plenarreden auch auf Köln beziehen können, ohne dass die Silvesterereignisse gemeint sind. Auch Chemnitz kann natürlich in anderen Kontexten Erwähnung finden. Daher haben wir sämtliche Bezüge überprüft und die maschinell identifizierten Passagen gelesen.

Insgesamt bringt die diktionsbasierte Strategie 1517 Ergebnisse, 939 Bezüge zu Köln und 578 zu Chemnitz. Abb. 1 visualisiert, wann und wie häufig in den einzelnen Landtagen die beiden Schlüsselereignisse referenziert wurden. Die linke gestrichelte Linie markiert das Datum der Silvesternacht 2015/16, die rechte gestrichelte Linie die Ereignisse in Chemnitz im August 2018. Die Punkte zeigen (in Bezug zur y-Achse) an, wie häufig an einem bestimmten Plenartag die Ereignisse konkret angesprochen wurden. Wenig überraschend ist Köln vor allem in Nordrhein-Westfalen zur Sprache gekommen (424 Bezüge). In der ersten Debatte im Düsseldorfer Landtag im neuen Jahr, am 14. Januar 2016, finden sich 86 explizite Nennungen. Auch in der Folgezeit bleibt das Muster der Nennungen dicht und dünnt sich erst langsam mit Beginn des Jahres 2017 aus. In den anderen Bundesländern ist meist eine gehäufte Nennung unmittelbar nach der Silvesternacht zu beobachten, aber auch im Zeitverlauf kommt es zu regelmäßigen Nennungen. Beachtlich sind auch die

¹ Statt Köln 2015 wäre auch der Anschlag auf den Berliner Weihnachtsmarkt am Breitscheidplatz 2016 ein passendes Schlüsselereignis gewesen. Es erschien uns aber hilfreich, die beiden Schlüsselereignisse so zu wählen, dass sie zeitlich möglichst weit auseinander liegen. Andere Ereignisse wie die Vorfälle in Ansbach 2016, Kandel 2018 oder Köthen 2018 betrachteten wir als nicht so weitreichend und prägend wie Köln 2015/16 und Chemnitz 2018.

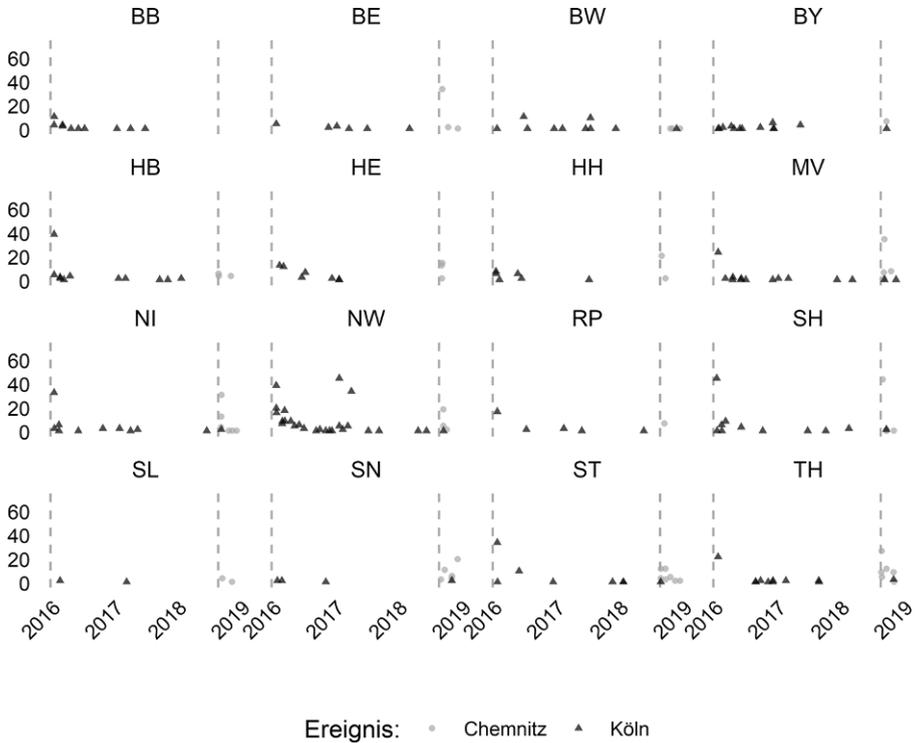


Abb. 1 Referenzierung der Schlüsselereignisse in allen Landtagen (2016–2019)

Unterschiede zwischen den Bundesländern. So wurde im Saarländischen Landtag das Thema nur ganze dreimal beim Namen genannt. In Sachsen war wiederum das Interesse für die Chemnitzer Ereignisse am größten (insgesamt 171 Nennungen). Zudem zeichnet sich deutlich ab, dass Redner*innen in den ostdeutschen Landtagen häufiger auf Chemnitz bezugnehmen als im Westen. Die Häufigkeit der Bezüge gibt freilich keinerlei Aufschluss über die jeweiligen Deutungsmuster, mit denen die Parteien Köln und Chemnitz thematisieren. Diese Frage beantwortet im Folgenden eine qualitative Framing-Analyse ausgewählter Debatten.

3 Qualitative Framing-Analyse: Methode und Vorgehen

Wenn Personen *framen*, reduzieren sie Komplexität, indem sie einzelne Aspekte der sozialen Welt auswählen und betonen, während sie andere ignorieren. Zusätzlich zur selektiven Wahrnehmung entscheidet die Verknüpfung neuer Informationen mit bekanntem Wissen oder vergangenen Ereignissen über die Einordnung und Interpretation des Wahrgenommenen. Framing ist somit notwendiger und allgegenwärtiger Bestandteil der Interpretation der Welt und der individuellen Verortung in dieser (Brugman und Burgers 2018; D’Angelo 2002).

Framing findet meist unbewusst in allen Formen sozialer Interaktion statt. Im Kontext politischer Auseinandersetzungen wird jedoch oft von gezieltem Framing ausgegangen (vgl. Sarcinelli und Tenscher 2008). Im politischen Wettbewerb geht es auch darum, die Aufmerksamkeit selektiv auf bestimmte Themen zu lenken und andere Probleme zu dethematisieren (Petrocik 1996). Welche Themen politische Akteure versuchen zu betonen, hängt oft davon ab, ob sie sich dadurch in ein besseres Licht bzw. die politischen Wettbewerber in ein schlechteres Licht rücken können (Meguid 2005). Framing-Strategien sind daher direkt mit dem politischen Wettbewerb zwischen Parteien verbunden.

Entmann (1993, S. 52) identifiziert insgesamt vier Merkmale des Framings: Problemdefinition, -evaluation, moralische Bewertung und Lösungsvorschläge.² Diese lassen sich in einen diagnostischen und einen prognostischen Teil zusammenfassen. Eine Zweiteilung, die sich auch bei der „critical frame analysis“ findet (Dombos et al. 2012; van der Haar und Verloo 2016; Verloo und Lombardo 2007). Im diagnostischen Teil geht es um die Definition eines Problems und die Formulierung von kausalen Zusammenhängen. Lösungsvorschläge stellen prognostische Diskursbeiträge dar. Das vierte Merkmal „moralische Bewertung“ lässt sich nicht allein der Diagnose oder Prognose zuordnen. Es handelt sich dabei vielmehr um eine übergreifende Dimension – sowohl Problematisierungen als auch Lösungsvorschläge können moralische Bewertungen (gut/schlecht) enthalten. Ein weiterer, für die vorliegende Studie besonders relevanter Aspekt der Diagnose und Prognose ist die Verantwortungszuschreibung. Die Frage nach der Verantwortung unterscheidet sich von reinen Kausalzusammenhängen oder moralischer Beurteilung (gut/böse) dahingehend, dass sie auf (politische) Akteure abzielt. Da für die nachfolgende Analyse Landtagsdebatten ausgewählt wurden, in denen Vertreter*innen politischer Parteien zu- und übereinander sprechen, halten wir es für besonders gewinnbringend, eine eigene Kategorie für Verantwortungszuschreibungen in die Analyse einzubeziehen.

Für die qualitative Analyse von Debatten zu „Köln“ und „Chemnitz“ ergeben sich demnach drei übergeordnete Dimensionen:

- Diagnose (Was ist [nicht] das Problem?)
- Prognose (Was muss [nicht] getan werden?)
- Verantwortung (Wer ist für das Problem/die Lösung [nicht] verantwortlich?)

Textstellen, die Antworten auf eine dieser Fragen geben, wurden der jeweiligen Kategorie zugeordnet und mit einem Begriff (z. B. „Kölner Polizeipräsident“) versehen. Zu Beginn der Analyse wurden alle Textstellen mehrfach von unterschiedlichen Personen kodiert. Induktiv entwickelte Kategorien wie der „Kölner Polizeipräsident“, „zu wenig Personal der Kölner Polizei“ wurden miteinander verglichen und schrittweise zu immer abstrakteren Kategorien zusammengeführt (z. B. geht der „Kölner Polizeipräsident“ nun in der Kategorie „Sicherheitsbehörden“ auf). Mit zunehmender Zusammenfassung mehrerer einzelner Kategorien unter größeren, wurden im Gegenzug spezifischere Kodieranweisungen erstellt und die Ergebnisse

² „To Frame is to select some aspects of a perceived reality and make them more salient in a communicating text, in such a way as to promote a particular problem definition, causal interpretation, moral evaluation, and/or treatment recommendation“ (Entman 1993, S. 52).

Tab. 1 Kodiersystem für die Debatten zur Kölner Silvesternacht 2015/2016

	Überkategorie	Unterkategorie
Diagnose	Migration	Asylrecht allgemein
		Integration ist möglich
		Integration ist nicht möglich
		Migranten als Täter
		Migrationspolitik ist illegal
		Verfahrensdauer Asylanträge
		Zu viele Migranten
	Öffentlicher Diskurs	Falschmeldungen und Berichterstattung
		Politische Korrektheit
		Realitätsferne der Politik
	Sexualisierte Gewalt Sicherheit und Ordnung	[Keine Unterkategorie]
		Friedliches Miteinander in Gefahr
		Sicherheitsbehörden Sicherheitsgefühl Terrorismus
Prognose	Migration und Integration	Beschleunigung Asylverfahren
		Grenzen dicht machen
		Integration stärken
		Integration vermeiden
		Zusammenarbeit Bund und Länder
	Öffentlicher Diskurs	Mehr gegenseitiger Respekt
		Mehr Sachlichkeit und Aufarbeitung
		Politiker zur Verantwortung ziehen
	Sexualisierte Gewalt	Prävention und Aufklärung
		Verschärfung des Sexualstrafrechts
	Sicherheit und Ordnung	Ausweitung Videoüberwachung
		Konsequente Strafverfolgung
		Stärkung der Sicherheitsbehörden

verschiedener Kodierer immer wieder verglichen. An dem Punkt, ab dem keine neuen induktiven Kategorien mehr erstellt werden mussten – das Kodiersystem damit das gesamte Spektrum an inhaltlichen Äußerungen abdeckt – haben wir in einem letzten abstrahierenden Schritt die vorhandenen Kategorien wenigen Überkategorien zugeteilt. Tab. 1 und 2 zeigen das Ergebnis des Kodierprozesses für beide Schlüsselereignisse. Die Begriffe unter Überkategorie führen wir später zu Frames zusammen, deren Inhalt die Unterkategorien darstellen.

Nicht abgebildet sind in Tab. 1 und 2 die Verantwortungszuschreibungen. Grundsätzlich gilt, dass Textstellen sowohl mit einem Kode der Kategorie Diagnose oder Prognose, als auch einem Kode innerhalb der Verantwortungskategorie versehen werden können, da politische Akteure sowohl für Probleme als auch für deren Lösung verantwortlich gemacht werden können. Die Verantwortungszuschreibungen liegen somit quer zu Diagnose und Prognose. Der Fokus dieser Framing-Analyse liegt darauf, wie politische Akteure einzelne Informationen auswählen und deuten.

Tab. 2 Kodiersystem für die Debatten zu den Ereignissen in Chemnitz 2018

	Überkategorie	Unterkategorie
Diagnose	Extremismus	Angriffe auf ausländisch aussehende Menschen
		Antisemitismus
	Krise der politischen Kultur	Initiativen/Kampf gegen Rechts
		Linksextremismus als Gefahr
		Mangelnde Distanzierung vom Extremismus
		Rechtsextremismus als Gefahr
		Angriffe auf AfD
		Angriffe auf Medien
		Grenzen der Versammlungs-/Meinungsfreiheit
		Instrumentalisierung der Vorfälle
		Verunglimpfung besorgter Bürger
		Verunglimpfung der Demokratie
	Öffentlicher Diskurs	Diskursverschiebung nach Rechts
		Falschmeldungen
		Hetze/Propaganda
	Politikversagen	Mediale Berichterstattung
Inkompetenz der Politik		
Migrationspolitik		
Polizei/Behörden		
Sicherheitsgefühl der Bürger		
Prognose	Demokratische Grundwerte stärken	Soziale Ungleichheit
		Systemkrise
		Gemeinsam Demokratie verteidigen
	Extremismus	Gespräch mit der Bevölkerung
		Mehr ziviles Engagement
		Antidiskriminierung stärken
		Distanzierung vom Extremismus
	„Gute“ Politik, konkrete Politikvorschläge	Rechtsextremismus bekämpfen
		Migrationspolitik
		Politiker zur Verantwortung ziehen
Öffentlicher Diskurs	Sozialen Zusammenhalt stärken	
	Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung	
		Sachlichkeit/Differenzierung

Entsprechend wurden nicht einzelne Wörter oder Phrasen, sondern ganze Sinnheiten kodiert, deren Länge nicht a priori festgelegt ist, sondern aus dem jeweiligen Zusammenhang hervorgeht. Ein Kode kann sich daher auf einen Halbsatz oder auch auf ganze Absätze einer Rede beziehen.³ Der Fokus auf Frames bedeutet nicht, dass linguistische Merkmale und rhetorische Figuren (wie beispielsweise Metaphern) in den betrachteten Debatten keine Rolle spielen. Auch wenn sie, wie auch erzähle-

³ Für eine ausführliche Darstellung der induktiv entwickelten Kategoriensysteme mit Beschreibungen der Unterkategorien und Ankerbeispielen siehe Tab. A1 und A2.

rische Momente, von uns nicht systematisch reflektiert werden (siehe dafür z. B. Detering 2019), sind sie teils in den ausgewählten Passagen, im parlamentarischen Diskurs präsent.

Die Schlüsselereignisse zogen eine Reihe von Debatten in allen Landesparlamenten der Bundesrepublik nach sich. Für die Analyse haben wir diejenigen Debatten ausgewählt, die zeitlich am nächsten zu den Vorkommnissen in Köln und Chemnitz liegen und dazu direkte Bezüge aufweisen. Diese Debatten wurden vollständig analysiert und nach dem Prinzip der theoretischen Sättigung solange erweitert, bis keine neuen Frames mehr identifiziert werden konnten. Ziel der Analyse ist es demnach nicht, den Einsatz verschiedener Frames zu quantifizieren, sondern die Vielzahl der Deutungsmuster und ihre unterschiedliche Verwendung durch die Parteien abzubilden.

4 Die Debatten zur Kölner Silvesternacht 2015/2016

Datengrundlage für die Untersuchung des Schlüsselereignisses „Kölner Silvesternacht“ sind Plenarprotokolle aus neun Landtagen, in welchen die Vorfälle die explizite Funktion eines Auslöseereignisses für die jeweilige Debatte einnahmen.

Tab. 3 gibt einen Überblick über die berücksichtigten Debatten. Deutlich wird dabei auf welcher unterschiedlichen Weise Köln auf die jeweilige Agenda kam: In Nordrhein-Westfalen gab es hierzu eine Sondersitzung, in Thüringen und Hamburg handelte es sich jeweils um eine Aktuelle Stunde. In allen anderen Bundesländern wurden von verschiedenen Parteien Anträge zu dieser Thematik eingebracht. Alle untersuchten Debatten fanden zeitnah zu Silvester 2015/2016 im Januar 2016 statt. Die Zahl der Redebeiträge variiert zwischen drei Beiträgen in Mecklenburg-Vorpom-

Tab. 3 Analyisierte Debatten zur Kölner Silvesternacht 2015/2016

Bundesland	Datum	Plenarprotokoll	Art der Debatte	Initiiierende Fraktion	Anzahl der kodierten Redebeiträge
Brandenburg	21.01.2016	6/23	Antrag	CDU	11
Hamburg	20.01.2016	21/23	Aktuelle Stunde	CDU	19
Mecklenburg-Vorpommern	28.01.2016	6/112	Antrag	NPD	3
Niedersachsen	20.01.2016	17/85	Antrag	Grüne	17
Nordrhein-Westfalen	14.01.2016	16/102	Sondersitzung	CDU/FDP	17
Rheinland-Pfalz	28.01.2016	16/112	Antrag	SPD/Grüne/CDU	8
Sachsen-Anhalt	28.01.2016	6/106	Antrag	Linke	9
Schleswig-Holstein	20.01.2016	18/108	Antrag	SPD/Grüne/SSW	14
Thüringen	27.01.2016	6/39	Aktuelle Stunde	AfD	6

mern und 19 in Hamburg.⁴ An den Debatten beteiligten sich Abgeordnete der SPD, CDU, Grünen, Linken, AfD, FDP und Piraten, sowie in Mecklenburg-Vorpommern der NPD und einiger weiterer Kleinstparteien sowie fraktionslose Mitglieder der Landesparlamente (Welche Vertreter*innen der einzelnen Parteien zu Wort kommen zeigt Tab. A3). In den untersuchten Debatten haben wir mithilfe des oben beschriebenen Kodierprozesses (s. Tab. 1 und A1) mehrere zentrale Frames identifizieren können, derer sich die Parteien bei der Informationsselektion und -Interpretation zu den Kölner Silvesterereignissen bedienen⁵.

4.1 Framing der Vorfälle als Sexualisierte Gewalt

Eine prominente Kategorie in der Diagnose der Silvestervorfälle ist das Problem der sexualisierten Gewalt gegen Frauen. Vertreter*innen aller Parteien sprechen den Opfern der Silvesternacht ihre Anteilnahme aus. Darüber hinaus zeigen sich aber gänzlich unterschiedliche Deutungsmuster der Parteien. Redner*innen der Linken, der SPD und der Grünen ermahnen fast ausschließlich dazu, die Vorfälle der Silvesternacht als Anstoß zu begreifen, über sexualisierte Gewalt als gesellschaftliches Problem zu diskutieren. Sie beziehen sich dabei häufig auf Statistiken, die aus ihrer Sicht belegen, dass entsprechende Straftaten kein neues Problem infolge von Zuwanderung sind, sondern vor allem im Umfeld der Opfer begangen werden. Sie verweisen auch darauf, wie schwierig eine solche Gewalttat nachzuweisen und wie gering die Verurteilungsquote hierzu sei. Daraus leiten vor allem Vertreter*innen der Grünen, aber auch der SPD und der Linken die Forderung nach mehr Aufklärung und Prävention zu sexualisierter Gewalt sowie einer Verschärfung des Sexualstrafrechts ab. Dass letzteres nicht schon verabschiedet wurde, sei den Unionsparteien und der Bundesregierung anzulasten.

Sprecher*innen der NPD, AfD und teils der CDU und FDP betonen ein ganz anderes Deutungsmuster: Sie sehen in den Vorfällen der Silvesternacht eindeutig eine Folge eines problematischen Frauenbildes solcher Männer, die im Zuge der Flüchtlingskrise zahlreich aus fremden Kulturkreisen nach Deutschland gekommen sind:

Durch den Zustrom von Flüchtlingen und Asylbewerbern kommen eben auch Männer zu uns, die versuchen, diese Unterdrückung [von Frauen und Mädchen – die Verfasser], die sie in ihren Herkunftsländern erlebt und auch anerzogen bekommen haben, hier auszuleben und auszuüben (E. Lorberg, CDU, NI, PIPr. 17/85: 8504).

Belegt wird dieser angenommene Kulturunterschied der Geschlechterbilder mit weiteren Beispielen, in denen Geflüchtete oder Migrant*innen als Täter in Erscheinung getreten sind. Änderungen des Sexualstrafrechts oder der Prävention sexualisierter

⁴ Die sehr überschaubare Zahl von Redebeiträgen in Mecklenburg-Vorpommern ist Resultat des „Schwerner Wegs“ der praktiziert wurde als die NPD dort im Landtag vertreten war. Auf Beiträge der NPD – im konkreten Fall geht die Debatte auf einen Antrag der NPD zurück – gab es stets lediglich eine Antwort der anderen Parteien.

⁵ Die Häufigkeitsverteilung der Codes innerhalb der einzelnen Parteien ist in Tab. A4 dargestellt.

Gewalt werden folgerichtig nicht für notwendig erachtet. Stattdessen fokussieren sich die wenigen Forderungen, die in diesem Zusammenhang von der AfD und der NPD formuliert werden, auf migrationspolitische Themen. Bei anderen Parteien – dies gilt insbesondere für die CDU – liegt der Schwerpunkt der Prognosekategorien auf der konsequenten Strafverfolgung der Sexualstraftäter.

4.2 Migrationspolitisches Framing

Mit Blick auf die Täter diskutieren die Redner*innen vor allem deren Migrationshintergrund und die Migrations- und Flüchtlingspolitik in Deutschland. Alle Redner*innen erkennen es als Problem an, dass es sich bei den Tätern vorwiegend um Migranten handelt – ziehen daraus aber unterschiedliche Schlüsse. Vertreter*innen der Linken und Grünen mahnen an, dass die Täter nicht auf ihren Migrationshintergrund reduziert werden sollten, da dies andere Migrant*innen unter Generalverdacht stelle, Integrationsanstrengungen erschwere und vom eigentlichen Problem des Sexismus und der sexualisierten Gewalt in Deutschland ablenke. Das andere Extrem des Interpretationsspektrums bieten AfD und NPD. Für sie sind die Täter der Silvesternacht ein Beweis der gescheiterten Migrationspolitik. Es sei eben nicht möglich, die viel zu zahlreich aus fremden Kulturkreisen aufgenommenen Menschen zu integrieren. Darüber hinaus beklagen AfD und NPD die Silvestervorfälle als Ergebnis einer Migrationspolitik, die es den Tätern ermögliche, sich illegal in Deutschland aufzuhalten ohne eine konsequente Strafverfolgung oder Abschiebung fürchten zu müssen.

Die Diagnose der übrigen Parteien verortet sich meist zwischen diesen beiden Extremen. Einerseits sprechen CDU, FDP, SPD und Piraten durchaus von Zusammenhängen zwischen dem Migrationshintergrund der Täter und deren sexualisierten Verhalten gegenüber Frauen. Andererseits wollen sie dies nicht als allgemeingültig für alle Migrant*innen verstanden wissen. Oft finden sich Differenzierungen zwischen Geflüchteten aus Kriegsgebieten und Migrant*innen aus den nordafrikanischen Staaten. Als eine mögliche Ursache für die Vorfälle an Silvester werden von diesen Parteien vor allem die lange Verfahrensdauer bei Asylanträgen und allgemeine Umsetzungsprobleme mit dem deutschen Asylrecht genannt.

Als Hauptverantwortliche für die Silvestervorfälle sehen alle Parteien primär die Täter*innen. Sekundär unterscheiden sich die Verantwortungszuschreibungen aber je nach Problemdefinition. Für die Vertreter*innen der AfD und NPD ist die Bundesregierung für eine illegale Migrationspolitik verantwortlich. Auffällig ist bei diesen beiden Parteien die direkte Ansprache der Bundeskanzlerin Angela Merkel stellvertretend für die Bundesregierung. Redner*innen der Linken und Grünen machen rechte Gruppen und Parteien dafür verantwortlich, dass sie die Integration von Migrant*innen erschweren und damit Vorfälle wie an Silvester mit zu verantworten hätten. Die übrigen Parteien äußern Anschuldigungen sowohl gegen rechte wie linke Gruppierungen, die die Gesellschaft polarisierten und Migrant*innen für politische Zwecke instrumentalisierten. Die Parteien der Landesregierungen kritisieren oft die Bundesregierung dafür, die Länder mit ihrer Migrationspolitik zu sehr zu belasten und zu wenig zu unterstützen, während die Oppositionsparteien der jeweiligen Landesregierung Fehler in der eigenen Migrations- und Integrationspolitik vorwerfen.

Die Lösungsvorschläge innerhalb des migrationspolitischen Framings reichen von der Schließung der Grenzen und sofortigen Abschiebung aller illegalen Migrant*innen zu Forderungen, die legale Anerkennung von Migrant*innen zu beschleunigen und mehr in deren Integration zu investieren. Die meisten Redner*innen nehmen jedoch eine differenzierte Prognose vor. Asylverfahren sollen beschleunigt werden, aber ebenso Abschiebungen schneller und konsequenter stattfinden. Die Integration von Migrant*innen solle noch mehr gefördert, diese jedoch auch mehr gefordert werden. Hierfür schlagen einige Redner*innen zudem bundesweite Reformen der Gesetze zu Migration und Integration vor und führen eine bessere Zusammenarbeit zwischen Bund und Ländern als notwendige Voraussetzung für zukünftige positive Entwicklungen an.

4.3 Sicherheitspolitisches Framing

In den analysierten Landtagsdebatten zeigt sich neben der Fokussierung auf sexualisierte Gewalt und die Herkunft der Täter auch ein sicherheitspolitisches Framing. Alle Parteien, ob in Regierung oder Opposition, ob links oder rechts deuten die Ereignisse der Silvesternacht immer wieder als ein Sicherheitsproblem. Häufig tritt in der Problembeschreibung dieses Framing nur in Form von allgemeinen Formulierungen auf, wie „Es ist ein schlimmer Eindruck entstanden, nämlich: Der Staat hat das Heft des Handelns für ein paar Stunden verloren“ (H. Kraft, SPD, NW, PIPr. 16/102: 10538) oder „Der Vertrauensverlust der Bevölkerung in die Sicherheitsbehörden und die innere Sicherheit in unserem Land ist immens.“ (A. Laschet, CDU, NW, PIPr. 16/102: 10543). Als Gründe für das verlorene Sicherheitsgefühl der Bürger*innen werden vor allem operative Fehler der Sicherheitsbehörden in Köln (oder auch Hamburg) genannt. In den meisten Debatten werden diese wiederum auf die grundsätzlich schwierigen Arbeitsbedingungen der jeweiligen Behörden zurückgeführt. Personalmangel, Sparzwang, schlechte Ausstattung und mangelnde Führungsqualitäten der Verantwortlichen werden von den Redner*innen als Kernprobleme ausgemacht. Als weiteres Indiz für den Vertrauensverlust der Bürger*innen in das Gewaltmonopol des Staates führen alle Parteien den Trend zur Selbstbewaffnung und sicherheitsbezogenen Selbstorganisation („Bürgerwehr“) an.

Bei der Frage nach der Verantwortung lassen sich klare Unterschiede zwischen den Oppositions- und Regierungsparteien der jeweiligen Länder feststellen. Die Landesregierungen kritisieren vor allem ihre parteipolitisch anders gefärbten Vorgängerregierungen für den Abbau von Sicherheitspersonal, der sich immer noch negativ auf die Einsatzfähigkeit auswirke. Zudem verweisen die rot-(rot)-grünen Landesregierungen häufig auf bundespolitische Rahmenbedingungen, die eine effektive Sicherheitspolitik auf Landesebene erschweren würden. Während also die Landesregierungsparteien die Verantwortung vor allem bei ihren Vorgängerinnen und der Bundespolitik sehen, machen die Oppositionsparteien in den Landtagen besonders die jeweilige Landesregierung verantwortlich. Beispielsweise merken die Redner*innen in Nordrhein-Westfalen an, dass die Vorfälle in Köln nicht allein auf Personalmangel oder fehlende Ausstattung der Polizei, sondern auch auf Fehleinschätzungen und Inkompetenz der politischen Verantwortlichen im Innenministerium zurückzuführen seien. Die Oppositionsparteien deuten das Abschieben der Verantwortung durch die

Landesregierung als fehlendes Verantwortungsbewusstsein und Eingeständnis der eigenen Handlungsunfähigkeit.

Entsprechend der Verantwortungszuschreibungen sind es ausschließlich Redner*innen der Oppositionsparteien, die das Sicherheitsproblem damit lösen möchten, verantwortliche Politiker*innen und Führungskräfte der Sicherheitsbehörden abzulösen – in Nordrhein-Westfalen wird der Rücktritt des Innenministers gefordert. Vertreter*innen der Regierungsparteien sehen darin allerdings kein Potenzial zur Wiederherstellung des Sicherheitsgefühls. Vielmehr gehe es darum, in die Ausstattung und Ausbildung der Sicherheitsbehörden zu investieren, um zukünftige, ähnlich gelagerte Vorfälle zu verhindern. Gleichzeitig müssten die Straftaten in Köln und allen anderen betroffenen Orten schnellstens aufgeklärt und die Täter konsequent strafrechtlich verfolgt werden. In diesen beiden letzten Punkten sind sich alle Parteien einig. Bei konkreteren Vorschlägen, wie beispielsweise der Ausweitung von Videoüberwachung, zeigen sich hingegen wieder unterschiedliche Positionen. Während Vertreter*innen der SPD und CDU solchen Maßnahmen grundsätzlich positiv gegenüberstehen, halten dies vor allem Grüne und Piraten für falsch.

4.4 Framing der Silvestervorfälle als Meta-Diskurs

Zwar fanden die analysierten Debatten sehr zeitnah zu den Vorfällen an Silvester statt. Allerdings beziehen sich schon im Januar 2016 viele Redebeiträge gar nicht mehr direkt auf die Vorfälle selbst, sondern nur noch auf die Art und Weise wie darüber berichtet und diskutiert wurde. Dieses Framing der Vorfälle als Meta-Diskurs zielt bei einigen Redner*innen auf eine gefühlte Spaltung der Gesellschaft ab. Unter dem Überbegriff „friedliches Miteinander in Gefahr“ äußern alle Parteien, außer der AfD und NPD, Sorge darüber, dass die Silvesternacht in Köln „zu einem Stimmungswandel in unserem Land beigetragen hat“ (D. Günther, CDU, SH, PIPr. 18/108: 9032) und Menschen vermehrt aufgrund ihrer ethnischen Herkunft vorverurteilt werden. Verantwortlich gemacht werden für diesen Wandel vor allem rechte Gruppierungen, die Falschmeldungen zu Silvester verbreiteten und die Vorfälle instrumentalisierten.

Als mitverantwortlich für den dysfunktionalen öffentlichen Diskurs sehen Redner*innen der Opposition in Nordrhein-Westfalen eine katastrophale Informationspolitik der Landesregierung. Davon abgesehen werfen sich die Politiker*innen der rechten und linken Parteien gegenseitig vor, die Ereignisse zu instrumentalisieren – sowohl in Hinsicht auf die Opfer und das Thema sexualisierte Gewalt, als auch in Hinsicht auf die Täter und deren Herkunft. Am häufigsten wird rechten Gruppierungen wie Pegida aber auch explizit der AfD vorgeworfen, die Vorkommnisse zu verallgemeinern und für ihre politische Agenda zu missbrauchen.

Unter dem Schlagwort der politischen Korrektheit unterstellen wiederum AfD und NPD den von ihnen so genannten „Blockparteien“ (U. Pastörs, NPD, MV, PIPr. 6/112: 78)⁶, die Herkunft der Täter systematisch verschweigen zu wollen. Ihrer Meinung nach ist „Seit der Silvesternacht [...] Gott sei Dank Schluss mit dem

⁶ Damit sind „alle hier im Landtag vertretenden Blockparteien von CDU bis LINKE“ (U. Pastörs, NPD, MV, PIPr. 6/112: 78) gemeint.

Verschwiegenheitskartell“ (D. Nockemann, AfD, HH, PIPr. 21/23: 1510). Gegen diese Vorwürfe verteidigen sich insbesondere die jeweiligen Regierungsparteien, wohingegen die CDU eine gewisse Sonderrolle einnimmt und sich zwischen den Positionen platziert. So wirft unter anderem Daniel Günther (CDU) der Schleswig-Holsteinischen Landesregierung aus SPD, Grünen und SSW vor „den Zusammenhang zwischen der Flüchtlingswelle in unser Land und dem, was an diesem Abend stattgefunden hat, den es unzweifelhaft gibt, zu negieren“ (D. Günther, CDU, SH, PIPr. 18/108: 9032).⁷

Innerhalb des Framings der Silvestervorfälle als Ursache für Meta-Diskurse werden von allen Parteien – mit Ausnahme der AfD und NPD – zwei allgemeine Forderungen abgeleitet. Dabei geht es zum einen um mehr gegenseitigen Respekt untereinander aber auch in der Gesellschaft und gegenüber den Sicherheitsbehörden. Zum anderen wird vor allem mehr Sachlichkeit in der Diskussion gefordert. Angemahnt wird insbesondere eine lückenlose und umfangreiche Aufklärung der Vorfälle und im Anschluss daran eine sachliche Debatte über die Faktenlage.

5 Die Debatten nach den Vorfällen in Chemnitz 2018

Für die Analyse des Schlüsselereignisses „Chemnitz 2018“ wurden insgesamt acht Debatten aus sieben Landtagen herangezogen (siehe Tab. 4). In Hamburg, Berlin und Schleswig-Holstein fand jeweils eine Aktuelle Stunde statt, in Mecklenburg-Vorpommern und Niedersachsen wurden je zwei Anträge von unterschiedlichen

Tab. 4 Analyisierte Debatten zu Chemnitz 2018

Bundesland	Datum	Art der Debatte	Pl.-Protokoll	Initiiierende Partei	Anzahl der kodierten Redebeiträge
Berlin	13.09.2018	Aktuelle Stunde	18/30	SPD	7
Hamburg	05.09.2018	Aktuelle Stunde	21/82	Grüne	19
Mecklenburg-Vorpommern	14.09.2018	2 Anträge	7/45	SPD, CDU, Linke und BMV/AfD	10
Niedersachsen	13.09.2018	Aktuelle Stunde	18/25	AfD/SPD	12
Nordrhein-Westfalen	20.09.2018	Antrag	17/35	CDU, SPD, FDP, Grüne	10
Sachsen	05.09.2018	Regierungserklärung	6/77	SPD/Grüne	33
Schleswig-Holstein	05.09.2018	Aktuelle Stunde	19/36	CDU, Grüne, FDP	11

⁷ Der hier – und auch an anderen Stellen in der Debatte – geradezu selbstverständlich verwendete Begriff der „Welle“ suggeriert das Bild einer Naturkatastrophe, was potenziell Gefühle von Angst und Panik mobilisiert (vielen Dank an einen anonymen Gutachter für den Hinweis). Die Verwendung des Begriffs verdeutlicht auch die Verknüpfung einzelner Frames mit bestimmten Narrativen, auch wenn letztere hier nicht systematisch beleuchtet werden können.

Fraktionen diskutiert und in Sachsen gab es eine Regierungserklärung zu den Vorfällen. Die Anzahl der kodierten Redebeiträge reicht von sieben in Berlin bis zu 33 in Sachsen. Es kamen Vertreter*innen der Parteien AfD, FDP, Grüne, Linke, SPD und CDU sowie kleinerer Parteien und fraktionslose Abgeordnete (z. B. Frauke Petry) zu Wort⁸. Während 2016 nach den Ereignissen in Köln die Debatten in vielen Landtagen noch ohne direkte Beteiligung einer AfD-Fraktion stattfanden, so ist die Partei nun beim Schlüsselereignis Chemnitz 2018 in allen untersuchten Landtagen vertreten. In den analysierten Reden konnten im Wesentlichen vier Frames zu den Vorfällen in Chemnitz identifiziert werden, welche bereits in Tab. 2 mit den jeweiligen Unterkategorien kurz dargestellt und im Folgenden genauer beschrieben werden.⁹

5.1 Extremismus-Framing

Alle Redner*innen sehen in den Vorfällen und vor allem den gewaltvollen Ausschreitungen Ausdruck eines wachsenden politischen Extremismus in Deutschland. Alle Parteien verurteilen die Angriffe auf ausländisch aussehende Menschen und gegen jüdische Personen und Einrichtungen. Mit Blick auf die politischen Extremismen stellt für Grüne, Linke und SPD der Rechtsextremismus die größte Gefahr dar. CDU und FDP betonen, dass politischer Extremismus unabhängig von der ideologischen Ausrichtung ein Problem in Deutschland ist, in Chemnitz jedoch vor allem rechtsextremistische Gewalttäter aktiv gewesen seien. Die AfD setzt sich in ihrer Deutung klar von den anderen Parteien ab. Aus Sicht ihrer Redner*innen fanden keine Hetzjagden gegen ausländisch Aussehende oder Angriffe auf jüdische Einrichtungen statt. Vielmehr hätten linksextremistische Gruppen die gewaltvollen Eskalationen in Chemnitz provoziert. Des Weiteren – so die AfD-Abgeordneten, werde der Rechtsextremismus in Deutschland bereits ausreichend bekämpft, während Linksextremismus von den etablierten Parteien einfach toleriert werde. Diese Problembeschreibung steht im direkten Gegensatz zur Sichtweise von Grünen, Linken und SPD. Ihren Redner*innen zufolge konnte es zu den gewaltvollen Ausschreitungen kommen, weil in der Vergangenheit zu wenig für den Kampf gegen Rechtsextremismus getan wurde und gesellschaftliche Initiativen gegen Rechts nicht ausreichend unterstützt wurden. CDU und FDP kritisieren jedoch ebendiese Initiativen als zu konfrontativ und teilweise wiederum selbst extremistisch:

der Zweck heiligt nicht die Mittel. Das Engagement gegen Rechtsextremismus ist richtig und es ist notwendig. Dieses Ziel legitimiert aber nicht das Vorgehen und die verfassungsfeindlichen Ideologien der Linksextremisten. (D. Gladiator, CDU, HH, PIPr. 21/82: 6157)

Vor allem den Linken und Grünen wirft die CDU mangelnde Distanzierung vom Linksextremismus vor. Eine mangelnde Distanzierung vom Rechtsextremismus wer-

⁸ Welche Vertreter*innen der einzelnen Parteien zu Wort kommen zeigt Tab. A5.

⁹ Für eine ausführliche Darstellung des induktiv entwickelten Kategoriensystems mit Beschreibungen der Unterkategorien und Ankerbeispielen siehe Tab. A2. Die Häufigkeitsverteilung der Codes innerhalb der einzelnen Parteien ist in Tab. A6 dargestellt.

fen alle Parteien der AfD vor. Die AfD wird dabei als Wegbereiterin zunehmender rechtsextremistischer Gewalt bezeichnet, die diese politisch legitimiere. Sie vertrete dasselbe Gedankengut zwar nicht mit Gewalt, dafür aber in Form einer politischen Partei. Entsprechend dieser Frontstellung in den Landesparlamenten wirft die AfD ihrerseits allen anderen Parteien vor, sich nicht ausreichend von Linksextremismus und Formen der sogenannten „Deutschenfeindlichkeit“ (N. Kramer, AfD, MV, PIPr. 7/45: 11) zu distanzieren.

Konkrete Vorschläge zur Bewältigung der Probleme mit Extremismus in Deutschland finden sich bei den Beiträgen der AfD nicht. Vertreter*innen der etablierten Parteien fordern zum einen potenzielle Opfer extremistischer Gewalt besser zu unterstützen, indem Opferschutzbeauftragte eingesetzt und Antidiskriminierungsgesetze verschärft werden. Zum anderen soll der Rechtsextremismus effektiver bekämpft werden. Dabei möchten Grüne, Linke und SPD vor allem die bisherige Unterstützung für Initiativen gegen Rechts ausweiten. CDU und FDP dagegen fordern „neue Wege“ im Kampf gegen Rechtsextremismus. Zusätzlich zu diesen konkreten Vorschlägen fordern sich die Parteien häufig gegenseitig dazu auf, sich von den jeweiligen als gefährlich identifizierten Formen des politischen Extremismus zu distanzieren.

Innerhalb dieses Extremismus-Framings wird ein zentraler Unterschied der AfD zu den anderen Parteien in den Parlamenten deutlich: Die AfD erkennt die Problemdefinition der etablierten Parteien nicht an. Eine Diskussion mit der AfD darüber, was das Problem verursacht hat und wie es in der Zukunft zu lösen ist, wird dadurch für die etablierten Parteien unmöglich. In der Folge finden zwei Debatten in einer statt: eine Debatte ohne die AfD zwischen den etablierten Parteien darüber, wie rechtsextremistische Gewalt in Zukunft verhindert werden kann und eine Debatte mit der AfD darüber, ob es in Deutschland überhaupt ein Problem mit Rechtsextremismus gibt.

5.2 Framing der Vorfälle als Meta-Diskurs

Wie schon nach der Kölner Silvesternacht 2015/2016, diskutieren die Parteien auch nach den Vorfällen in Chemnitz darüber, wie die Ereignisse im öffentlichen Diskurs verarbeitet wurden. Die Redner*innen der Parteien sprechen diesbezüglich drei Problemfelder an: (1) Falschmeldungen, (2) Hetze und Propaganda sowie (3) eine verzerrte mediale Berichterstattung. Für die AfD ist die öffentliche Debatte nach den Vorfällen in Chemnitz ein Beispiel für bewusste Falschmeldungen und Manipulation der deutschen Öffentlichkeit durch politische Eliten und Mainstream-Medien. Diesem Vorwurf setzen die etablierten Parteien eine eigene Problemdefinition entgegen. Ihre Abgeordneten sehen den öffentlichen Diskurs zu den Vorfällen in Chemnitz vor allem durch rechte Hetze und Propaganda vergiftet, welche die tatsächlichen Ereignisse mit menschenverachtenden Ideologien verknüpft. Die AfD verbreite solche Inhalte über ihre Kommunikationskanäle.

Hinsichtlich des medialen Mainstreams in Deutschland sprechen die etablierten Parteien nicht von bewussten Falschmeldungen, dafür aber von verzerrter oder voreingenommener Berichterstattung. Vor allem CDU und SPD stören sich an einer Berichterstattung, die sie als herablassend, verallgemeinernd und vorverurteilend gegenüber ostdeutschen Bürger*innen empfinden. Durch ihre Berichterstattung über

die Vorfälle in Chemnitz hätten die Medien das in Ostdeutschland ohnehin größere Misstrauen noch verstärkt. Diese Kritik findet sich jedoch nur bei Abgeordneten der jeweiligen Landesregierungen. Vertreter*innen der Oppositionsparteien (ohne AfD) sehen die mediale Berichterstattung nicht als problematisch an.

Konkrete Vorschläge zur Lösung der definierten Probleme und Problemursachen werden in den untersuchten Debatten von keine*r Redner*in genannt. Die Parteien fordern lediglich mehr Sachlichkeit und Differenzierung bei den Debatten im Parlament, sowie im öffentlichen Diskurs allgemein.

5.3 Framing der Vorfälle als Politikversagen

Politikversagen ist ein weiteres Framing der Vorfälle in Chemnitz, das alle Parteien in ihren Stellungnahmen verwenden. Der Mord an Daniel H. und die darauffolgenden gewaltsamen Ausschreitungen verschiedener Gruppen sind hier die dominierende Problemdefinition. Bei der Ursache unterscheiden sich jedoch die Interpretationen. Einig sind sich zunächst meist alle Parteien, dass sicherheitspolitische Fehler begangen worden sind. Die Sicherheitsbehörden hätten die Lage falsch eingeschätzt und teilweise nicht mehr unter Kontrolle gehabt. Der Grund für diese temporären Kontrollverluste liegt den Landesregierungen zufolge jedoch nicht an Behörden selbst, sondern in der rasanten Dynamik der Vorfälle:

Dennoch ist auch die Polizei nicht frei von Fehlern. Nicht jeder Einsatz kann hundertprozentig gelingen. [...] Die Polizei hat im Rahmen des Kräfteinsatzes der verfügbaren Strukturen die Lage und den Einsatz ordnungsgemäß geführt. (C. Hartmann, CDU, SN, 6/77: 7215).

Oppositionsparteien der untersuchten Landtage sehen in Sätzen wie diesem ein generelles Anzeichen von Inkompetenz und fehlendem Verantwortungsbewusstsein der Landesregierungen. Schlechte Regierungsarbeit habe zu großer sozialer Ungleichheit und Unzufriedenheit der Bürger*innen mit dem politischen System geführt, welche sich nun auf der Straße entlädt. Die AfD geht noch einen Schritt weiter und bescheinigt allen etablierten Parteien – nicht nur den jeweiligen Regierungsparteien – einen Realitätsverlust, der eine handfeste Krise des politischen Systems in Deutschland verursacht habe. Als Ausgangspunkt dieser Systemkrise sieht die Partei eine illegale Migrationspolitik, die das Vertrauen der Bürger*innen in den Staat zerstört, die Gesellschaft polarisiert und Morde an deutschen Bürger*innen durch Migranten erst möglich gemacht habe.

Trotz dieser verheerenden Diagnose für die etablierte Politik, bieten die Redner*innen der AfD keinerlei Lösungsvorschläge für diese Systemkrise an. Nicht einmal Vorschläge zur Migrationspolitik werden geäußert. Dazu kommen allerdings Angebote von der CDU. Darin geht es meist um die konsequentere Umsetzung geltender Regelungen zu Asylverfahren und Abschiebungen, nicht aber um einen drastischen Kurswechsel. Anders als die CDU fordern SPD, Grüne und Linke mehr für den sozialen Zusammenhalt insgesamt zu tun. Die sozialen Ungleichheiten müssten durch gute Politik reduziert werden, wenn das Vertrauen der Bevölkerung zurückgewonnen und der gesellschaftliche Friede wiederhergestellt werden soll. Dazu gehört den Oppositionsparteien zufolge auch, dass bestimmte Regierungspolitiker*innen

(z. B. der sächsische oder Bundesinnenminister) zur Verantwortung gezogen werden und zurücktreten müssten. Einig sind sich alle Parteien darüber, dass Sicherheit und Ordnung durch lückenlose Aufklärung der Straftaten, konsequente Strafverfolgung und Stärkung der Sicherheitsbehörden wiederhergestellt werden soll.

5.4 Framing der Vorfälle als Krise der politischen Kultur

Viele Redner*innen sehen durch die Vorfälle in Chemnitz demokratische Grundwerte in Frage gestellt und eine Krise der politischen Kultur in Deutschland heraufziehen. Die gewaltvollen Ausschreitungen unterschiedlicher Gruppierungen bei den Demonstrationen, die auf den Mord von Daniel H. folgten, werden von allen Parteien als undemokratisch und unrechtmäßig verurteilt. Alle Parteien betonen, dass Gewalt als Form der politischen Auseinandersetzung nicht toleriert werden dürfe. Allerdings werden je nach Partei unterschiedliche gesellschaftliche Gruppen für die Gewalt verantwortlich gemacht. SPD, Grüne und Linke sehen die Versammlungs- und Meinungsfreiheit vor allem durch rechte und rechtsradikale Gruppierungen verletzt, während die AfD vorrangig Linksextremisten für die Ausschreitungen verantwortlich macht. CDU und FDP sehen den friedlichen politischen Wettbewerb durch beide Extreme bedroht.

Den etablierten Parteien und Mainstream-Medien wirft die AfD zudem vor, besorgte Bürger*innen als Rechtsextremisten zu verunglimpfen und deren Versammlungs- und Meinungsfreiheit einzuschränken:

Was aber vor allem ins Auge springt und was die ganze Debatte beherrscht hat, war die pauschale Verleumdung protestierender Bürger als rechtsextrem, Nazi und Ähnliches. [...] Damit sollte die berechtigte Trauer und die Empörung über die kriminellen Taten sogenannter Flüchtlinge in Chemnitz und woanders diffamiert werden. (R. Beckamp, AfD, NW, PIPr. 17/35: 22)

Diese Diffamierung berechtigter Kritik durch die etablierten Parteien und Medien habe auch dazu geführt, dass Mitglieder und Anhänger der AfD zunehmend verbaler und physischer Attacken politischer Gegner ausgesetzt seien. Die Vorfälle in Chemnitz würden von den etablierten Parteien instrumentalisiert, um die AfD zu diffamieren:

Nachdem bei Ihnen die Erkenntnis gereift ist, dass Sie uns trotz aller Diffamierungen mit dem Wahlzettel nicht aus den Parlamenten vertreiben können, versuchen Sie es jetzt mit dem Vorwurf des Extremismus. Sie wollen uns zu Feinden der Demokratie abstempeln [...], damit die AfD [...] mit dieser Stigmatisierung im politischen Diskurs kaltgestellt wird. (H. Förster, AfD, MV, PIPr. 7/45: 19)

Die etablierten Parteien wiederum werfen der AfD und rechten Gruppen vor, die Ereignisse in Chemnitz für deren Zwecke zu instrumentalisieren. Dabei werfen die meisten Redner*innen der AfD vor, demokratische Grundwerte zu verunglimpfen und auszuhöhlen. Das Narrativ der AfD, nach dem die Bundesrepublik ein Unrechtsstaat sei, der von einem Parteienkartell beherrscht werde und in dem die bürgerlichen Freiheiten massiv eingeschränkt seien, zeige vor allem, dass die AfD nicht bereit

sei andere politische Meinungen als Teil eines pluralen politischen Wettbewerbs zu akzeptieren. Die Anmaßung den Volkswillen allein abzubilden, sei ein klar antidemokratisches und autoritäres Wesensmerkmal der AfD. Als weitere Belege für diesen Vorwurf führen SPD, Grüne und Linke immer wieder die verbalen Angriffe auf Medienvertreter*innen durch AfD und Rechtsextremisten an. Nach dieser Sichtweise sind es nicht die Medien und etablierten Parteien, die keine Kritik zulassen, sondern die AfD und die ihr nahestehenden gesellschaftlichen Akteure.

In ihren Reden rufen CDU, FDP, Grüne, Linke und SPD sich daher gegenseitig dazu auf, gemeinsam die demokratischen Grundwerte in Deutschland gegen die Angriffe der AfD zu verteidigen. Darunter fassen sie Konzepte wie Rechtsstaatlichkeit, Versammlungs- und Meinungsfreiheit, Gewaltfreiheit und ein pluralistisches Parteiensystem. Diese Werte müssten auch im direkten Gespräch mit der Bevölkerung gestärkt werden. Dass zunehmend grundlegende Regeln des politischen Wettbewerbs und des gesellschaftlichen Zusammenlebens in Frage gestellt werden, könne nur eingedämmt werden, wenn die demokratischen Parteien wieder stärker den Kontakt zur Bevölkerung suchten und Vertrauen zurückgewinnen. Gleichzeitig appellieren die etablierten Parteien aber auch an die Bevölkerung selbst durch mehr ziviles Engagement demokratische Werte zu stärken und zu einem lebendigen, aber vor allem friedlichen politischen Wettbewerb beizutragen. Die Redner*innen der AfD äußern keine Forderungen oder Lösungsvorschläge in ihren Beiträgen, belassen es also bei der Problematisierung und Kritik der aktuellen Demokratie in Deutschland.

6 Zusammenfassung der Framing-Analyse

Mithilfe einer qualitativen Framing Analyse konnten wir für die beiden Schlüsselereignisse jeweils vier dominante Deutungen in den darauffolgenden Landtagsdebatten identifizieren. Für die „Kölner Silvesternacht 2015/2016“ stellen wir etwa fest, dass Redner*innen, wenn sie von den Opfern der Vorfälle sprechen, Ereignisse in den Zusammenhang mit Problemen und Lösungen zu sexualisierter Gewalt in Deutschland setzen. Stehen die Täter der Silvesternacht im Fokus der Rede kann häufig ein migrationspolitisches Framing festgestellt werden. Ein sicherheitspolitisches Framing der Silvestervorfälle kommt vor allem dann zum Einsatz, wenn die Vertreter*innen der Landtagsparteien von Problemen und Forderungen im Zusammenhang mit den Sicherheitsbehörden sprechen. Konzentrieren sich die Redner*innen jedoch nicht auf die Ereignisse selbst, sondern auf die Art und Weise wie diese im öffentlichen Diskurs aufgegriffen, diskutiert und instrumentalisiert werden, kann von einem Framing als Meta-Diskurs gesprochen werden.

Diese Erkenntnisse stützen bisherige Analysen zum parlamentarischen Diskurs in Deutschland, da das Schlüsselereignis „Kölner Silvesternacht“ keine grundlegend neuen Deutungsmuster hervorgebracht hat, sondern lediglich in bestehende parteipolitische Interpretationsmuster eingeordnet und für die Bestätigung der eigenen Weltansicht verwendet wurde (vgl. Behrendes 2016, S. 342; Klemm 2017, S. 58–60). Dass in den Bundestagsdebatten „Sexismus in Deutschland und sexualisierte Übergriffe durch weiße herkunftsdeutsche Männer [...] konsequent dethematisiert“ (Klemm 2017, S. 58) würden, können wir für die Landesparlamente nicht bestätigen. In den

von uns untersuchten Debatten weisen vor allem Vertreter*innen der Grünen und Linken immer wieder explizit darauf hin, dass Sexismus und sexualisierte Gewalt auch unter „weißen herkunftsdeutschen Männern“ ein Problem ist.

Mit Blick auf die AfD fällt auf, dass die Partei vor allem problematisiert und Verantwortungszuschreibungen vornimmt, jedoch kaum alternative Lösungen und Politiken vorschlägt. Das Schlüsselereignis „Kölner Silvesternacht“ deuten die Vertreter*innen der AfD überwiegend als das Ergebnis einer gescheiterten Migrationspolitik und die Kritik an ihrer Partei als übertriebene politische Korrektheit. Zwar findet sich diese Deutung der Vorfälle auch bei Teilen der CDU und FDP, insgesamt schauen diese Parteien jedoch viel differenzierter auf die Vorfälle und nehmen mehrere Perspektiven ein (Opfer, Täter, Behörden). Die AfD hingegen fokussiert sich ausschließlich auf die Täter der Silvesternacht und deren Migrationshintergrund. Die Informationsselektion und das Interpretationsangebot der AfD stehen immer im direkten Bezug zu den Tätern der Silvesternacht. Ereignisse und Diskursbeiträge, die sich nicht in diesen Ereignisstrang einordnen lassen, werden von der Partei konsequent ignoriert, verharmlost oder angezweifelt. Insofern bietet die AfD ein Framing des Schlüsselereignisses an, das sich zum einen thematisch deutlich von SPD, Grünen und Linken unterscheidet und zum anderen weniger komplex und differenziert ist, als die Deutungsangebote der FDP und CDU.¹⁰ Unsere Ergebnisse bestätigen damit die Annahmen vorheriger Analysen zum Zusammenhang von geringer Diskursqualität und Populismus in Parlamenten (Kesting et al. 2018, S. 90).

Für das Schlüsselereignis „Chemnitz 2018“ zeigt sich, dass die Redner*innen meist innerhalb eines Extremismus-Framings auf gewaltvolle Ausschreitungen beziehen. Werden Fake News, Hetze oder Berichterstattung angesprochen, deuten die Parteien Chemnitz 2018 als ein Beispiel der zunehmenden Polarisierung und Verrohung des öffentlichen Diskurses. Das Verhalten der Parteien innerhalb dieser beiden Frames ähnelt dem in den Debatten nach Köln 2015/2016. Entsprechend der parteipolitischen Grundüberzeugungen, werden die Ereignisse in bestehende Interpretationsmuster eingeordnet und mit als ähnlichen erachteten Ereignissen in Verbindung gebracht.

Anders als nach der Kölner Silvesternacht wird jedoch nach Chemnitz 2018 zusätzlich zur parteipolitischen Debatte eine Systemdebatte geführt, bei der sich die Deutungsmuster der etablierten Parteien nur noch unwesentlich voneinander unterscheiden. Die AfD stellt sowohl die Performanz des politischen Systems, sowie dessen Legitimation grundsätzlich infrage. Das erklärt auch, warum die AfD kaum Lösungsvorschläge in den parlamentarischen Diskurs einbringt. Für sie liegt das Problem tiefer, nämlich im politischen System verankert, dessen Herzstück ebendiese Parlamente sind. Die AfD fordert mit diesem Deutungsmuster eine von den etablierten Parteien für selbstverständlich erachtete Sichtweise auf die deutsche Demokratie heraus. Daraus entsteht bei vielen Redner*innen der etablierten Parteien der Eindruck, dass demokratische Grundwerte in Gefahr seien und diese gemein-

¹⁰ Dabei war das Framing von „Köln“ für die AfD auch in der Folge von Relevanz. So hat sie im Bundestagswahlkampf 2017 unter anderem mit einem Wahlplakat geworben, auf dem ein kleines, blondes Mädchen vor dem Kölner Dom zu sehen ist, versehen mit der Aussage „Mit 18 freut sich Lili noch mehr, dass ihre Eltern AfD gewählt haben“ (wir danken einem anonymen Gutachter für diesen Hinweis).

sam verteidigt werden müssten. Anders als bei der Auseinandersetzung um konkrete Politiken, entsteht bei der Debatte um Systemperformanz und -legitimität eine Zweiteilung innerhalb der Parlamente in AfD und etablierte Parteien.

Dieser entscheidende Unterschied zwischen den Debatten nach Köln und Chemnitz kann zum einen auf eine bewusste Kommunikationsstrategie und zum anderen auf eine zunehmende Radikalisierung der AfD zurückgeführt werden. Diesbezüglich schreibt Ruhose (2019, S. 12) der AfD im Bundestag einen Kreislauf der Kommunikation zu, in welchem sie gezielt skandalisiert, emotionalisiert und polarisiert, um Aufmerksamkeit zu erhalten. Gleichzeitig reagierten vor allem konservative, etablierte Parteien durch inhaltliche Übernahmen auf den Erfolg der AfD. In der Folge äußert die AfD immer radikalere Ansichten um zu provozieren und schreckt dabei auch nicht davor zurück, das politische System als Ganzes in Frage zu stellen. Für die etablierten Parteien entsteht dadurch ein „Strategiedilemma“ (Ruhose 2019, S. 17), da man einerseits sachliche und inhaltliche Debatten führen und die Provokationen der AfD am liebsten ignorieren möchte, andererseits immer radikalere Tabubrüche nicht unbeantwortet lassen kann. Dieses „Strategiedilemma“ können wir auch für die hier analysierten Landtage beobachten (Heinze 2020; Schroeder et al. 2018). Die Folge ist ein Zustand, den wir als „zwei Debatten in einer“ zusammenfassen können: Es findet eine inhaltliche, lösungsorientierte Debatte ohne die AfD zwischen den etablierten Parteien und eine problemorientierte Debatte mit der AfD über Grundlagen des politischen Systems statt. Die Auseinandersetzungen um die Demokratieverständnisse sind dabei von einer extremen Moralisierung (gut vs. böse) geprägt, die populistischer Kommunikation in die Karten spielt (von Berg 2019, S. 15–19).

7 Diskussion

Schlüsselereignisse regen Diskurse an, in denen die grundsätzlichen Denk- und Interpretationsmuster politischer Parteien beobachtbar werden. Dabei können gängige Interpretationsmuster herausgefordert und neue angeregt werden (Kepplinger 2011). Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und die Ereignisse in Chemnitz 2018 sind solche Schlüsselereignisse der jüngeren deutschen Geschichte, die ein disruptives Potenzial für den politischen Diskurs beinhalten (Arendt et al. 2017). Wie wir mit Hilfe einer manuell kuratierten quantitativen Textanalyse gezeigt haben, wurden die Ereignisse in allen Landtagen diskutiert und noch Monate später immer wieder referenziert.

Wir haben die diskursiven Folgen der beiden Schlüsselereignisse in einer qualitativen Framing-Analyse anhand von Landtagsdebatten genauer untersucht. Die Analyse zeigt zunächst, dass die Deutungsmuster in den Debatten nach Köln den Grundsätzen der politischen Parteien in den unterschiedlichen Politikfeldern folgen. Damit hat die Kölner Silvesternacht dominante Deutungsmuster im parlamentarischen Diskurs zwar herausgefordert, diese jedoch nicht aufgebrochen. Chemnitz 2018 hat dagegen neue parteipolitische Deutungsmuster und Interpretationsangebote hervorgebracht. Die Vorfälle zeigten für einige nun ein grundsätzlichen „Politikversagen“ – im Gegensatz zum bis dato üblicheren Regierungs- oder Behördenversa-

gen – und eine „Krise der politischen Kultur“. Chemnitz 2018 erscheint daher als ein disruptives Schlüsselereignis.

An den Debatten lassen sich zudem die diskursiven Anreize ablesen, die der Bundesrepublik als parlamentarischem Mehrebenensystem inhärent sind. So weisen die Oppositionsparteien häufig der Landesregierung eine Mitverantwortung zu, während diese wiederum die Mitschuld bei ihren Vorgängerregierungen oder der Bundesregierung erkennen. Zum Teil grenzen sich auch Grüne, Linke und FDP (als Oppositionsparteien im Bund) von der Bundesregierung ab – unabhängig davon, ob sie im Land der Regierung oder Opposition angehören. In der diskursiven Nachbereitung von Chemnitz sticht zudem der Vorwurf der pauschalen Verunglimpfung der vermeintlich fremdenfeindlichen Ostdeutschen ins Auge. Vor allem westdeutsche Landesregierungen verweisen auf ein „ostdeutsches Problem“. Hier werfen sich die ostdeutschen Landesregierungen als rhetorische Verteidiger der Reputation der Ostdeutschen in die Bresche, während die Oppositionsparteien (mit Ausnahme der AfD) den Landesregierungen vorwerfen, das Problem des Rechtsextremismus in ostdeutschen Bundesländern zu verharmlosen und zu vernachlässigen.

Die Analyse legt (erneut) einen klaren diskursiven Charakterzug der AfD frei: Sie vertritt eine tendenziell undifferenzierte Diagnose verbunden mit pauschalen Verantwortungszuweisungen an die etablierten Parteien. Wie sich aus der vergleichenden Analyse ergibt, ist dies vor allem „typisch AfD“ und weniger „typisch Opposition“: die AfD differenziert praktisch nicht zwischen Regierungs- und Oppositionsparteien und bekräftigt damit ihre latente Ablehnung mindestens der etablierten politischen Parteien, wenn nicht gar in Teilen auch des politischen Systems. Die Ereignisse werden konsequent als Folge einer verfehlten Migrationspolitik und des systematischen Versagens der gesamten politischen Elite gebrandmarkt. Lösungsvorschläge bietet sie selten an.

Gleichzeitig ist es die AfD, die im Zusammenhang mit den Schlüsselereignissen die Repräsentationslücke in der Flüchtlingspolitik, wenn auch mit extremen Positionen, thematisiert (vgl. Atzpodien 2020; Kortmann et al. 2019). Konsequent migrationskritische Deutungsmuster der Kölner Ereignisse und eine Fundamentalkritik an Performanz und Legitimität der deutschen Demokratie bietet nur sie an. Damit spricht die AfD einen signifikanten Teil der Wählerschaft an, der mit den aktuellen demokratischen Entscheidungsverfahren zunehmend unzufrieden ist (Landwehr et al. 2017).

Betrachtet man die Unterschiede zwischen den Debatten nach Köln und Chemnitz, fällt auf, dass der allgemeine Diskurs immer mehr ins Spannungsfeld der Auseinandersetzung zwischen etablierten Parteien und AfD gezogen wird. Dies wird besonders am Umgang der etablierten Parteien mit der AfD deutlich. Nach Köln streiten sich die Parteien vor allem um die Interpretation der Ereignisse und die nötigen politischen Konsequenzen. Die AfD wird dabei zwar als extreme und neue Partei gesehen, jedoch nicht grundlegend anders behandelt. In den Debatten nach Chemnitz ist der Konflikt zwischen AfD und etablierten Parteien das zentrale Merkmal des parlamentarischen Diskurses. Probleme, Ursachen und Lösungen stehen beinahe ausschließlich im Bezug zu dieser Konfliktlinie. Zusätzlich zu dieser Polarisierung lässt sich in den Landtagen auf beiden Seiten eine zunehmende Moralisierung der Debatten feststellen, eine Entwicklung, die von Berg (2019) bereits

für den Bundestag beobachtet hat. Die Verantwortungszuschreibungen sind in den Debatten nach Chemnitz weniger komplex und beziehen sich seltener auf politische Äußerungen und Handlungen. Vielmehr wird der politische Gegner an sich als böse, schlecht oder gefährlich dargestellt.

Anhang

Tab. A1 Kodiersystem für die Debatten zur Kölner Silvesternacht 2015/2016

Diagnose	Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
	Migration	Asylrecht allgemein	Alle Aussagen, die sich auf Rechte und Gesetze zu Asyl, Flucht und Migration beziehen und nicht unter „Verfahrensdauer Asylanträge“ fallen	Das Asylrecht ist ein Menschenrecht – denken Sie an die Genfer Konvention – und nichts, was man generös gewährt. Darauf hat man ein Recht. (D. Schwerd, fraktionslos, NW, PIP, 16/102: 10587)
		Integration ist möglich	Aussagen, die den aktuellen Stand der Integration von Migranten entweder als positiv und ausreichend betrachten und/oder Integration grundsätzlich als etwas Wünschenswertes und Machbares ansehen und die aktuellen Maßnahmen zur Integration deshalb als nicht ausreichend bezeichnen	„Heute will ich auch deutlich sagen: Die riesige Mehrheit derjenigen, die als Zugewanderte schon seit Jahren hier leben oder neu zu uns gekommen sind, lebt hier friedlich und rechtmäßig. Auch das gilt es festzuhalten.“ (H. Kraft, SPD, NW, PIP, 16/102: 10538)
		Integration ist nicht möglich	Aussagen, die Integration von Migranten als nicht möglich und/oder nicht wünschenswert bezeichnen	Jeder weiß, dass Ihre Kulturbereicherer nicht zu integrieren sind. Die letzten zehn Jahre, bevor der sogenannte Flüchtlingsstrom sich auf den Weg nach Deutschland machte, beweisen, dass die bereits seit 10, 15 und 20 Jahren hier lebenden Ausländer, besonders in Berlin, sich nicht integriert haben. (U. Pastörs, NPD, MV, PIP, 6/112: 78)
		Migranten als Täter	Aussagen, in denen auf Migranten/Geflüchtete als (Straf-)Täter hingewiesen wird	Wir erleben, dass sich auch Menschen, die zu uns kommen, die Schutz bei uns gesucht haben, kriminell verhalten. Wir haben das in Köln, in Hamburg und in anderen Städten erlebt. (T. Abbig, SPD, SH, 18/108: 9054)
		Migrationspolitik ist illegal	Aussagen, die sich auf die (Il-)Legalität der aktuellen Migrationspolitik der EU, BRD oder des jeweiligen Bundeslandes beziehen	Sagen wir es doch, wie es ist: Menschen werden unter Missachtung von Dublin III, Schengen, Asyl-, Ausländer-, und Grundgesetz ins Land gelassen (Dr. A. Wolf, AfD, HH, PIP, 21/23: 1514)
		Verfahrensdauer Asylanträge	Aussagen, die sich auf die Verfahrensdauer bei Asyl- und ähnlichen Anträgen beziehen und Aussagen, die sich auf Abschiebungen beziehen	Meine Damen und Herren, wir kennen die Realitäten. Wir wissen, dass es viele gibt, die nicht abgeschoben werden können. Bei vielen Ausreisepflichtigen fehlen die Reisedokumente. (H. Kraft, SPD, NW, PIP, 16/102: 10540)
		Zu viele Migranten	Aussagen, die sich auf die Anzahl von Migranten in Deutschland beziehen	„Wie ich schon in meiner letzten Rede zu diesem Thema in diesem Hause sagte, hat der weibliche Muezzin in Gestalt von Kanzlerin Merkel gerufen und alle, alle kamen und noch mehr werden kommen“ (U. Pastörs, NPD, MV, PIP, 6/112: 78)

Tab. A1 (Fortsetzung)

Diagnose	Überkategorie	Überkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Öffentlicher Diskurs	Fälschmeldungen und Berichterstattung	Aussagen, die „fake news“/Fälschmeldungen thematisieren und/oder die mediale Berichterstattung diskutieren	Es ist allerdings auch sehr ärgerlich, wenn sich unsere Polizei mit Vorgängen befassen muss, die auf Gerüchten und falschen Anschuldigungen beruhen, wie wir von der Landespolizei hören. (Dr. R. Stegner, SPD, SH, PIPr. 18/108: 9029)	
	Politische Korrektheit	Aussagen, die sich auf irgendeine Form der wahrgenommenen „politischen Korrektheit“ beziehen, insbesondere wenn es um die Kommunikation von Nationalität/Herkunft von Straftätern geht	Wir haben hier im Haus einen langen Weg hinter uns gebracht, bis wir in einer offenen Debatte über Kriminalität, die von Ausländern ausgeht, debattieren konnten. Es ist nicht lange her, dass Redner der Union und anderer Fraktionen, die dieses Thema in diesem Landtag angesprochen haben, Gefahr liefen, von den regierungsstragenden Fraktionen in die rechte Ecke gestellt zu werden. (Dr. A. Bernstein, CDU, SH, 18/108: 9053)	
	Realitätsferne der Politik	Aussagen, die Politiker*innen/Parteien Realitätsferne bescheinigen	Die Debatte um die Ausweisung dieser Täter ist im Grunde genommen fern ab jeder Realität. Ich bitte Sie, meine lieben Kollegen von der CDU, sich einmal mit den Praktikern zu unterhalten, die sich mit diesen Dingen auseinandersetzen müssen. (W. Gallert, Linke, ST, PIPr. 6/106: 8771)	
Sexualisierte Gewalt	–	Aussagen, die sich auf sexualisierte Gewalt beziehen	Meine Damen und Herren, in der Silvesternacht sind viele Frauen in Deutschland Opfer sexuallierter Gewalt geworden (E. von Kalben, Grüne, SH, PIPr. 18/108: 9034)	
Sicherheit und Ordnung	Friedliches Miteinander in Gefahr	Aussagen, die sich nicht auf Sicherheit (sgefühl) im engeren Sinne, sondern auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt, das Vertrauen in Mitmenschen und die Achtung der Menschenwürde betreffen	Diese geistigen Brandschifter sind eine Gefahr für das friedliche Miteinander von Menschen verschiedener Herkunft, das wir gerade hier in Nordrhein-Westfalen über Jahrzehnte so erfolgreich aufgebaut haben. (H. Kraft, SPD, NW, PIPr. 16/102: 10538)	
	Sicherheitsbehörden	Aussagen, die auf die strukturellen Rahmenbedingungen der Arbeit der Sicherheitsbehörden abzielen (structure) oder Aussagen, die sich auf das Handeln der Sicherheitsbehörden beziehen (agency)	Die Polizei kann nichts dafür, dass sie von dieser Landesregierung kaputtgespart wird. Weder reicht es, im Zeitraum 2015 bis 2017 jährlich 155 Anwärter auszubilden, noch die Ausgaben für die Polizei im Jahre 2016 mit 297 Mio. stagnieren zu lassen. (C. Herold, AfD, TH, PIPr. 6/39: 3163)	
	Sicherheitsgefühl	Aussagen, die sich auf das Handeln der Sicherheitsbehörden beziehen (agency)	Die Einsatzplanung war – das wissen wir heute – dafür falsch angelegt. Es gab operative Fehleinschätzungen. Und so wurde, obwohl Verstärkung möglich gewesen wäre, im Laufe der Nacht keine Verstärkung angefordert. (H. Kraft, SPD, NW, PIPr. 16/102: 10537)	
	Terrorismus	Aussagen, die sich auf Terrorismus beziehen	Bürgerwehren; Pfeffersprays und Kleinwaffen sind mitunter schon vergriffen. – All das sowie die Zahlen, die veröffentlicht werden, sind Alarmsignale. Die Bürger sind dabei, aufzurüsten. Wir wissen: Mehr Waffen in unserer Gesellschaft schaffen nicht mehr Sicherheit, sondern sind eher eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit. (C. Lindner, FDP, NW, 16/102: 10554)	
		Aussagen, die sich auf das Handeln der Sicherheitsbehörden beziehen (agency)	Was tut denn die Landesregierung, um der wachsenden Terrorgefahr in unserem Land Einhalt zu gebieten? Sollen wir über den straffällig gewordenen Asylbewerber aus Recklinghausen sprechen, der wahrscheinlich am Terroranschlag in Paris beteiligt war? (P. Biesenbach, CDU, NW, PIPr. 16/102: 10587)	

Tab. A1 (Fortsetzung)

Prognose	Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
	Migration und Integration	Beschleunigung Asylverfahren	Aussagen, die sich auf die Beschleunigung der Asyl- und Abschiebeprozesse beziehen	Deshalb verlangen auch sie eine zügige Bestrafung der Täter und sprechen sich sogar oder auch für eine schnelle Abschiebung von straffällig gewordenen Flüchtlingen aus. (N. Hampel, SPD, ST, PIPr, 6/106: 8779)
		Grenzen dicht machen	Aussagen, die eine strengeres Grenzregime für Deutschland fordern	Es ist längst überfällig, unsere Grenzen dichtzumachen, so, wie wir das seit Jahren fordern und wie es schon in anderen europäischen Ländern, zum Beispiel Ungarn, Polen, Dänemark, Kroatien und Schweden, die Praxis ist. (U. Pastörs, NPD, MV, PIPr, 6/112: 78)
		Integration stärken	Aussagen, die mehr und/oder andere Maßnahmen zur besseren Integration von Migranten fordern	Da kann es sinnvoll sein, eine andere Integrationspolitik anzugehen, nicht darauf zu setzen, alle Gruppen unterschiedlich zu behandeln, sondern allen von Anfang an eine Beschäftigungsmöglichkeit zu bieten, allen von Anfang an unsere Werte und Sprache zu vermitteln. (E. von Kalben, Grüne, SH, PIPr, 18/108: 9037)
		Integration vermeiden	Aussagen, in denen die Beendigung/Einschränkung von Integrationsmaßnahmen gefordert werden	Und – das ist der fünfte Punkt – allen, die nachweislich als Kriegsflüchtlinge geflüchtet sind, vor wirklichen lebensbedrohlichen Lagen, nur so lange in unserem Land Schutz zu gewähren, bis sich die Situation in ihren Heimatländern entspannt hat. Das schließt ein, dass es für diese, so, wie das die Bayern auch mal praktiziert haben, keinen Deutschunterricht gibt, keine Fortbildung geben darf, wie die Bayern gesagt haben, die CSU, weil damit die Rückführung erschwert würde und dadurch die Wiedereingliederung – alles CSU-Diktion – die Wiedereingliederung in ihre Heimatländer erschwert würde. Das deckt sich eins zu eins mit den Positionen meiner Partei. (U. Pastörs, NPD, MV, PIPr, 6/112: 84)
		Zusammenarbeit Bund und Länder	Aussagen, die auf eine Verbesserung der Zusammenarbeit von Bund und Ländern abzielen	Intensivierung des Informationsaustausches auf Landes- und Bundesebene sowie der EU im Hinblick auf sogenannte Gefährder, Entwicklung einer Präventionsstrategie gegen islamistische Gewalt umsetzen. [...] (W. Fiedler, CDU, TH, PIPr, 6/59: 3166)
Öffentlicher Diskurs		Mehr gegenseitiger Respekt	Aussagen, in denen zu mehr gegenseitigem Respekt in Politik und Gesellschaft aufgerufen wird	Wir müssen die Gesellschaft zusammenhalten; wir brauchen eine Kampagne des anständigen Deutschlands, gesellschaftlicher Zusammenhalt funktioniert nur mit Solidarität und nicht mit Ausgrenzung (Dr. R. Stegner, SPD, SH, PIPr, 18/108: 9030)
		Mehr Sachlichkeit und Aufarbeitung	Aussagen, die eine differenzierte und sachliche Aufarbeitung der Vorfälle im öffentlichen Diskurs fordern	Die Vorfälle in der Silvesternacht, diese verstörenden sexuellen Übergriffe, bedürfen einer sorgfältigen und ruhigen Aufarbeitung. (C. Schneider, Linke, HH, PIPr, 21/23: 1517)
		Politiker zur Verantwortung ziehen	Aussagen, die eine Reaktion von verantwortlichen Politiker*innen fordern und/oder Aussagen, die personelle Veränderungen fordern bspw. Rücktritt	Die Bürger dieses Landes haben ein Recht darauf, dass der Staat sie vor Gewalt beschützt. Wenn man sich darauf nicht verlassen kann, dann hat der Staat versagt. So ein Versagen muss Konsequenzen haben, und zwar keine Bauernopfer. Der Innenminister des Landes NRW und der Innenminister des Bundes müssen gehen, Herr Jäger, Herr de Maizière, packen Sie Ihre Sachen! Und wir brauchen hier einen Untersuchungsausschuss. (D. Schwed, fraktionslos, NW, PIPr, 16/102: 10568)

Tab. A1 (Fortsetzung)

Prognose	Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Sexualisierte Gewalt Sicherheit und Ordnung		Prävention und Aufklärung	Aussagen, die mehr oder andere Präventions- und Aufklärungsmaßnahmen zu sexualisierter Gewalt fordern	Es kommt hinzu, dass wir auch unsere politischen Möglichkeiten in die Hand nehmen müssen, um zu sagen, es braucht auch Prävention, es braucht auch Aufklärung, es braucht auch Schutz in Zukunft. (A. Schweitzer, SPD, RP, PIP: 16/112: 7526)
		Verschärfung des Sexualstrafrechts	Aussagen, die eine Reform/Verschärfung des Sexualstrafrechts fordern	Es geht, das möchte ich abschließend noch einmal ganz klar sagen, um das Sexualstrafrecht, und es geht darum, dass alle gleichbehandelt werden. Das müssen wir endlich auf den Weg bringen. (C. Liddemann, Grüne, ST, PIP: 6/106: 8778)
Sexualisierte Gewalt		Ausweitung Videoüberwachung	Aussagen, die eine Ausweitung der Videoüberwachung im öffentlichen Raum fordern	Wir wenden die Videoüberwachungen an Kriminalitätsschwerpunkten in Ballungsräumen verstärken, zum Beispiel auf den Köhler Ringen, um Straftäter abzuschecken oder Straftaten besser nachweisen zu können. (H. Kraft, SPD, NW)
		Konsequente Strafverfolgung	Aussagen, die eine konsequente Verfolgung von Straftaten fordern, sowie an einen starken Rechtsstaat appellieren	Man wird den Opfern von Köln nicht gerecht, wenn die Täter ihre Gerichtsverfahren erst im kommenden November erleben. Wir fordern die Landesregierung auf, entschlossen zu handeln und dafür zu sorgen, dass dem Rechtsstaat auch im dunkelsten Winkel von Niedersachsen, auch wenn es regnet, auch wenn es kalt wird, Geltung verschafft wird, und zwar kompromisslos. (Dr. M. Genthe, FDP, NI, PIP: 17/85: 8508)
		Stärkung der Sicherheitsbehörden	Aussagen, die auf eine strukturelle, technische, sowie personelle Stärkung der Sicherheitsbehörden abzielen	Mehr Polizei – sicherlich eine berechtigte Forderung; wir brauchen in den nächsten Jahren mehr Polizisten (C.-E. Jarchow, FDP, HH, PIP: 21/23: 1509)

Tab. A2 Kodiersystem für die Debatten zu den Ereignissen in Chemnitz 2018

Diagnose	Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Extremismus	Extremismus	Angriffe auf ausländisch aussehende Menschen	Sowohl verbale als auch physische Gewalt gegen Menschen mit vermeintlichem Migrationshintergrund, Hetzjagden	Am gleichen Tage roteten sich rund 800 Rechte aus der Hoofigan – und Kampfsportzene und andere Rechtsextreme sowie Mitläuferinnen und Mitläufer in Chemnitz zusammen. Teilweise kam es zu Jagdszenen auf anders aussehende Menschen. (C. Schneider, Linke, HH)
		Antisemitismus	Sowohl verbale als auch physische Gewalt gegen jüdische Bürger*innen und Einrichtungen	Auch zu dem Überfall auf ein jüdisches Restaurant haben Sie kein einziges Wort verloren, Herr Wichmann. (H. Limburg, Grüne, NI)
		Initiativen/Kampf gegen Rechts	Wenn Initiativen oder allgemein Protest gegen Rechts erwähnt wird	Man muss es so deutlich sagen: Der Zweck heiligt eben nicht die Mittel. Das Engagement gegen Rechtsextremismus ist richtig und es ist notwendig. Dieses Ziel legitimiert aber nicht das Vorgehen und die verfassungsfeindlichen Ideologien der Linksextremisten. Und deshalb ist es genauso richtig, dass der Verfassungsschutz auch vor den linksextremen Gegendemonstranten gewarnt hat. (D. Gladiator, CDU, HH)
		Linksextremismus als Gefahr	Wenn Linksextremismus als Gefahr für die Gesellschaft gesehen wird	Zur Wahrheit gehört aber auch – wir haben es gestern im Innenausschuss gehört –, dass die Gegendemonstrationen auch von Linksextremisten missbraucht werden. Sie sind ebenfalls eine große Gefahr für unsere Demokratie und Zivilgesellschaft. Zur Wahrheit gehört eben auch: Es gibt keinen guten Extremismus. (D. Gladiator, CDU, HH)
		Mangelnde Distanzierung von Extremismus	Vorwurf der mangelnden Distanzierung zu Extremismus (Links und Rechts)	Der Innensenator hat völlig zu Recht deutlich gemacht, dass diejenigen, die an der „Merkel muss weg“-Demo teilnehmen, sich wesentlich mit Rechtsextremisten gemein machen; das muss man so deutlich sagen. Er hat auch darauf hingewiesen, dass sich aufseiten der Gegendemonstranten linksextremistische Gruppierungen anschließen, denen der Rechtsstaat lassen Sie es nicht so sagen, auch nicht unbedingt am Herzen liegt. Das sollten wir wissen. (C.E. Jarchow, FDP, HH, PIPr, 21/82: 6160)
		Rechtsextremismus als Gefahr	Wenn Rechtsextremismus als Gefahr für die Gesellschaft gesehen wird	Wer ignoriert, dass Polizisten, Journalisten, Migranten und Demokraten von Neonazis bedroht, verfolgt und angegriffen werden, wer in einer solchen Situation nicht wahrhaben will, was von vielen Journalisten und Augenzeugen übereinstimmend berichtet wurde, wer lieber eine Diskussion über die vermeintlich richtige Semantik führen will, der verharmlöst die Gefahr eines immer weiter um sich greifenden Rechtsextremismus in unserer Gesellschaft. (T. Krüger, SPD, MV, PIPr, 7/45: 13)

Tab. A2 (Fortsetzung)

Diagnose	Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Krise der politischen Kultur	Angriffe auf AfD	Angriffe auf AfD	Angriffe auf/Verunglimpfungen von AfD Mitgliedern	Hass und Gewalt sind abzulehnen. Ich selbst hätte mir aber das, was ich an Hass und Gewalt auf zwei Parteitagen und auf anderen Veranstaltungen, insbesondere auf der Großveranstaltung in Berlin, selbst erlebt und gesehen habe, früher in meinen kühnsten Träumen nicht vorstellen können – natürlich Gewalt von links extremer Seite, Hass und Gewalt. (H. Förster, AfD, MV, P1Pr. 7/45: 17)
			Behinderung von/Angriffe auf Medien und Journalisten	Gleiches gilt für die Pressefreiheit: Wenn man eine Dreiviertelstunde am Berichten gehindert wird, dann ist klar, dass das in einem Rechtsstaat nicht passieren darf. Auch dazu bedarf es einer klaren Haltung und einer klaren Aussage zu jedem Zeitpunkt. (W. Günther, Grüne, SN, P1Pr. 6/77: 7222)
			Einschränkungen des Demonstrations-/Versammlungsrechts und/oder der Meinungsfreiheit, ringen darum wo die Grenzen liegen	Als zweiter Punkt muss klar sein, Demonstrationen knüpfen an die Meinungsfreiheit an. Auch hier gilt, Menschen dürfen für etwas sein, sie dürfen gegen etwas sein. Sie dürfen und sollen ihre Meinung zum Ausdruck bringen. Das ist freiheitliche Gesellschaft. Aber Rassismus, Antisemitismus sind mit dieser Freiheit nicht vereinbar und nicht von ihr geschützt. (T. Renz, CDU, MV, P1Pr. 7/45: 8)
			Instrumentalisierung der Vorfälle	Herr Präsident! Meine verehrten Kolleginnen und Kollegen! In den vergangenen Tagen mussten wir mit ansehen, wie sich politische Extreme auf dem Rücken eines tragischen Todesfalls zu profilieren suchten. (B. Dregger, CDU, BE, P1Pr. 18/30: 3456)
Verunglimpfung besorgter Bürger	Verunglimpfung der Demokratie	Empfundene Verunglimpfung von Ostdeutschen/Demonstranten/politisch Engagierten	Wenn die besorgten Bürger auf die Straße gehen, werden sie beschimpft und als Nazis deklariert, weil es leider Gottes auch ein paar Idioten gibt, die natürlich Anlass dazu geben. (H. Seifen, AfD, NW, P1Pr. 17/35: 19)	
		Vorwurf, dass Grundwerte/die Demokratie angegriffen bzw. missachtet und schlecht geredet werden	Politik darf sich nicht selbst zum Brandbeschleuniger degradieren. Sie darf sich nicht zum Multiplikator von Gewalt und Menschenverachtung machen. Es gehört auch zur Wahrheit hinzu: Auch in diesem Haus sitzen Abgeordnete, die unser System bekämpfen. Sie arbeiten mit gefühlten Wahrheiten und vergiften die Gesellschaft. Langsam weicht die demokratische Maske – die vermeintlichen Freunde Deutschlands zeigen ihr wahres Gesicht. (S. Czajka, FDP, BE, P1Pr. 18/30: 3466)	
		Feststellung/Gefühl, dass sich die Debatte nach Rechts verschiebt, rechtes Gedankengut verstärkt diskutiert wird	Ich mache mir Sorgen über die Diskursverschiebung nach rechts. Wenn der Bundesinnenminister Seehofer, der mit seinen eigenen, oft die flüchtigsten politischen Äußerungen schon Maßstäbe verschoben hat, nun die Äußerungen von den Herren Gauland und Frohnmair zu einem – in Anführungsstrichen – Recht auf Selbstverteidigung als unpassend bezeichnet, dann trägt das zur Tendenz der allgemeinen Verharmlosung bei und verkennt den gezielten Angriff auf die Grundelemente des Rechtsstaats. (A. Möller, Grüne, HH, 21/82: 6155)	
Öffentlicher Diskurs	Diskursverschiebung nach Rechts			

Tab. A2 (Fortsetzung)

Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Diagnose	Öffentlicher Diskurs	Vorwurf der Falschmeldungen/ Falschinformation sowohl von Politiker*innen als auch von Medien	Bezüglich der Ereignisse, Berichterstattung über Chemnitz war es katastrophal, dass die Bundeskanzlerin und der Regierungssprecher Dinge genannt haben, die nicht gewesen sind. Und das führt zu Misstrauen bei der Bevölkerung. (H. Seifen, AfD, NW, PIP, 17/35: 19–20)
	Heize/Propaganda	Vorwurf der Heize und Propaganda	Wir haben gesehen, dass die Mobilisierungswirkung im Internet auch durch diese Propaganda, die vorhanden war, und durch die rechte Hooganszene höher war, als man es bisher kannte. (M. Kretschmer, CDU, SN, 6/77: 7204)
	Mediale Berichterstattung	Wie und über was wird berichtet	Von den migrationsstichtigen Medien wurden diese Behauptungen sofort ungeprüft weiterverbreitet und fanden ihren Weg in die internationalen Letmedien. Anscheinend hat es in Chemnitz gar keine Herzjagden gegeben. (R. Beckamp, AfD, NW, PIP, 17/35: 22)
	Politikversagen	Inkompetenz der Politik	Die Menschen im Freistaat haben genug von Ihren politischen Ablenkungsmanövern. Sie wollen die Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung. Ein Chemnitz hat das Regierungsversagen treffend auf den Punkt gebracht: „Ihr habt damals zwei Kulturen aufeinanderkrachen und uns dann im Regen stehenlassen. Wer im Regen steht, der handelt und fabuliert nicht von Ruhe und Besonnenheit.“ (J. Urban, AfD, SN)
	Migrationspolitik	Aussagen zur Migrationspolitik	Wenn Behörden die Frist zur Rücküberstellung eines kriminellen Asylantragstellers nach Bulgarien versäumen? Wenn 12 000 Ausreisepflichtige nicht ausreisen, sondern weiter vom Freistaat finanziert werden? Wenn sich 1 000 Mehrfrächtingenstäter in Sachsen auf freiem Fuß befinden und nicht sofort abgeschoben werden? Kann man das ernsthaft als staatliche Ordnung bezeichnen, oder ist das nicht eher staatliche Unordnung? (J. Urban, AfD, SN, PIP, 6/77: 7220)
	Polizei/Behörden	Aussagen zu Polizeieinsätzen, Behördenarbeit etc	Es war und ist schwierig für Polizistinnen und Polizisten, welche vor und nach dem 26. August in der Stadt Chemnitz alles geben, um Einsätze gar zu bewältigen und Sicherheit und Ordnung in Chemnitz aufrechtzuerhalten; obwohl – und das gilt ausdrücklich auch für Montag, den 27. August – klar ist, dass die Abläufe im Vorfeld dieses Einsatzes bei den Sicherheitsbehörden nicht optimal waren. (A. Pallas, SPD, SN, PIP, 6/77: 7230)
	Sicherheitsgefühl der Bürger	Alles, was die Sicherheit (abstrakt) und das Sicherheitsempfinden der Bürger*innen betrifft	Die letzten Wochen haben uns vor Augen geführt, dass es in unserer Gesellschaft eine zunehmende Verunsicherung darüber gibt, wie es mit Frieden, Freiheit und Sicherheit in unserem Land aussieht. Wir sehen Bilder, die fassungslos machen – und das nicht einmal, sondern leider vielfach. (Dr. M. Oplendrenk, CDU, NW, PIP, 17/35: 15)
	Soziale Ungleichheit	Wenn soziale Ungleichheit als Problem genannt wird	Trotzdem fühlen sich manche Menschen abgehängt und zurückgelassen, und sie mögen damit recht haben. Sie lassen sich aus der Angst vor der Zukunft von gefühlten Wahrheiten und einfachen Lösungen leiten. Wo Ohnmachtsängste grassieren, haben Allmachtsängsten Konjunktur. (S. Czaja, FDP, BE, PIP, 18/30: 3466)
	Systemkrise	Grundlegende Kritik an der Funktionsweise des politischen Systems in Deutschland	Gilt die staatliche Ordnung eigentlich nur für die Exekutive, oder auch für die Legislative und die Judikative? Gibt es überhaupt noch eine Gewaltenteilung? Gibt es noch einen Parlamentsvorbehalt, wonach alle Entscheidungen mit überragender Bedeutung für das Gemeinwesen die Zustimmung des Parlamentes benötigen? Gibt es eine Entscheidung des Bundestages zur Grenzöffnung, oder reicht es Ihnen aus, wenn im Berliner Reichstag nur noch eine aufgeblähte Abtriebsversammlung sitzt? (J. Urban, AfD, SN, PIP, 6/77: 7219)

Tab. A2 (Fortsetzung)

Prognose	Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Demokratische Grundwerte stärken		Gemeinsam Demokratie verteidigen	Appelle an politische Akteure ODER Frage: Was soll verteidigt werden? (Demokratie/Rechtsstaat)	Meine Damen und Herren, das Leben in einer Demokratie ist keine Selbstverständlichkeit. Unsere freiheitliche demokratische und offene Gesellschaft hat Gegner, denen es heute und in Zukunft die Stirn zu bieten gilt. Also stehen wir als Abgeordnete, als Demokraten auf und zeigen hier deutlich: Wir sind mehr! (J. Moeller, SPD, NI, PIP: 18/25; 2176)
		Gespräch mit der Bevölkerung	Aufforderung an politische Akteure mehr mit der Bevölkerung in Kontakt zu treten/Vertrauen zurückzugewinnen	[...] Wir müssen Orte und Formate schaffen, wo wir mit der Mitte der Gesellschaft in Kontakt kommen und mit der Mitte der Gesellschaft diskutieren – und zwar ohne Denkverbot und auch mit der Möglichkeit, ganz konkret Dinge anzusprechen, die einen stören. Natürlich gibt es auch die Verpflichtung für politisch Verantwortliche, darauf Antworten zu finden und Missstände in dieser Gesellschaft abzustellen. (A. Dierks, CDU, SN, PIP: 6/77; 7227)
		Mehr ziviles Engagement	Appell an Bürger*innen und Zivilgesellschaft (nicht: Parteien/Politiker*innen) ODER wenn nicht Demokratie verteidigt werden soll, sondern Werte/Würde/Respekt	Jeder von uns muss sich davorstellen, wenn andere Menschen angegriffen werden. Das ist auch eine Frage von Anstand und Zivilcourage. Die müssen wir einfordern, und wir müssen die Menschen dazu ermutigen. Das ist keine Aufgabe, die der Staat allein bewältigen kann, sondern das muss auch aus der Bevölkerung heraus geschehen. (M. Kreischmer, CDU, SN, PIP: 6/77; 7207)
Extremismus		Antidiskriminierung stärken	Konkrete Vorschläge, wie gegen Diskriminierung vorgegangen werden soll	Aber der größte Wurf steht leider noch aus, nämlich das deutschlandweit erste Landesantidiskriminierungsgesetz. Deshalb, lieber Senat, kann ich nur sagen, freuen wir uns über eine baldige Vorlage. (A. Kapek, Grüne, BE, PIP: 18/30; 3464)
		Distanzierung von Extremismus	Aufruf an politische Akteure sich von Extremismus zu distanzieren	Die AfD wird sich entscheiden müssen. Wie positionieren Sie sich an dieser Stelle? Wie halten Sie es mit der „Merkel muss weg“-Initiative? Gehen Sie den Weg der Radikalisierung anderer Teile Ihrer Partei mit oder eben nicht? Sie können nicht als bürgerlich-konservative Oppositionspartei auftreten und sich gleichzeitig verbinden und verbünden mit Rechtsextremisten, die unsere Demokratie verachten und bekämpfen. (A. Grote, SPD, HH, PIP: 21/82; 6164)
		Rechsextremismus bekämpfen	Forderungen nach verstärktem Kampf gegen Rechtsextremismus	Wenn wir nicht wollen, dass diese hässliche Fratze weiter an Boden und Terrain gewinnt, reicht es nicht, nur zur Demonstration zu gehen, [...] wir müssen mehr Mittel in die Hand nehmen, um dieses Gedankengut schon viel früher zu bekämpfen. [...] (N. Güçlü, Fraktionslos, HH, PIP: 21/82; 6164)
„Gute“ Politik, konkrete Politikvorschläge		Migrationspolitik	Forderungen die sich auf Migrationspolitik beziehen	Grenzenlose Migration, ein grenzenloser Sozialstaat, grenzenlose Toleranz für Menschen, die unsere Hilfsbereitschaft missbrauchen, und die längst als Regel empfundenen Doppelstandards müssen ein Ende haben. Nur so kann es wieder sozialen Frieden geben. (F. Petry, Fraktionslos, SN, PIP: 6/77; 7224)
		Politiker zur Verantwortung ziehen	Forderungen nach personellen Konsequenzen	Vor diesem Hintergrund fragen wir uns, ob Sie als Staatsregierung im Moment Ihren Aufgaben gewachsen sind. Wir glauben, dass bei der Aufarbeitung der Ereignisse von Chemnitz auch personelle Konsequenzen gezogen werden müssen. (W. Günter, Grüne, SN, PIP: 6/77; 7220)
		Sozialen Zusammenhalt stärken	Konkrete Forderungen dazu, wie der soziale Zusammenhalt gestärkt werden kann	Wenn Menschen Angst vor Verdrängung haben, dann muss neuer Wohnraum geschaffen oder eben Mieterschutz drastisch ausgeweitet werden, damit die Menschen die Angst nicht bekommen. Wenn Menschen Angst vor sozialem Abstieg haben, dann gehen wir mit gutem Beispiel voran, nehmen richtig viel Geld in die Hand und bezahlen die Leute anständig. Wenn Menschen Angst vor neuem Antisemitismus haben, dann bauen wir eine von den Nazis zerstörte Synagoge im Herzen Berlins wieder auf und schaffen damit einen Ort der Begegnung. (R. Saleh, SPD, BE, PIP: 18/30; 3456)

Tab. A2 (Fortsetzung)

Überkategorie	Unterkategorie	Beschreibung	Ankerbeispiele
Prognose	Wiederherstellung von Sicherheit und Ordnung	Forderung, dass der Rechtsstaat durchgesetzl. Straftaten lückenlos aufgeklärt und Sicherheitsbehörden gestärkt werden müssen	Über allem steht die Forderung, Auseinandersetzung und das Ringen um gute Entscheidungen müssen gewaltfrei ablaufen. Das heißt auch, das Gewaltmonopol des Staates und die Durchsetzung des Rechts können niemals infrage stehen, genauso wenig wie diejenigen, die diese Ziele für uns durchsetzen für ein friedliches Zusammenleben in Freiheit. (M. Schwesig, SPD, MV, PIPr. 7/45; 5)
Öffentlicher Diskurs	Sachlichkeit/ Differenzierung	Aufruf zu mehr Sachlichkeit und Differenzierung in der Debatte	Ich glaube aber auch, wir müssen uns bei aller Aufgeregtheit grundsätzlich immer die Kraft der Differenzierung bewahren. Es sind genauso wenig die Sachen wie die Muslime, die Ausländer, die AfD-Wähler, sondern wir müssen jeden nach seinem persönlichen Verhalten beurteilen und bewerten. Es ist auch wichtig bei dieser Aufgeregtheit, sich diese Kraft zu bewahren. (A. Trepoll, CDU, HH, PIPr. 2/82; 6168)

Tab. A3 Analytisierte Debatten zur Kölner Silvesternacht 2015/2016

Land	Art der Debatte	Titel der Debatte	Kodierte Redebeiträge
Brandenburg (21.01.2016)	Antrag (initiiert von: CDU) Plenarprotokoll: 6/23	Innere Sicherheit in Brandenburg gewährleisten – Aktuelle Bedrohungslage ernst nehmen, entschlossen handeln, Polizei und Verfassungsschutz stärken	11; Personen: Alexander Gauland (AfD), Steffen Königinger (AfD), Björn Lakemacher (CDU), Sören Kosanke (SPD), Karl-Heinz Schröter (SPD), Ursula Nommacher (Grüne), Thomas Domres (Linke), Hans-Jürgen Scharfenberg (Linke), Christoph Schulze (sonstige)
Hamburg (20.01.2016)	Aktuelle Stunde (initiiert von: CDU) Plenarprotokoll: 21/23	Sexuelle Übergriffe auf Frauen, Abschiebestand und mehr als eine Million Überstunden bei der Polizei – Hamburgs Sicherheit kann sich keinen amtsüden Senator und rot-grüne Zwistigkeiten mehr leisten	19; Personen: Dirk Nockemann (AfD), Alexander Wolf (AfD), Dennis Gladiator (CDU), Jörg Hamann (CDU), Joachim Lenders (CDU), Karin Prien (CDU), Richard Seelmacker (CDU), André Trepoll (CDU), Andreas Dressel (SPD), Arno Münster (SPD), Antje Möller (Grüne), Carl-Edgar Jarchow (FDP), Christiane Schneider (Linke)
Mecklenburg-Vorpommern (28.01.2016)	Antrag (initiiert von: NPD) Plenarprotokoll: 6/112	Köln, Hamburg, Stuttgart und viele andere Städte zeigen auf: Multikulti bedeutet Gewalt! Schützt unsere Frauen – Masseneinwanderung nach Deutschland unverzüglich stoppen! Kuschelpolitik beenden – kriminelle Ausländer sofort abschieben!	3; Personen: Udo Pastörs (NPD), Johann-Georg Jaeger (Grüne)
Niedersachsen (20.01.2016)	Antrag (initiiert von: Grüne) Plenarprotokoll: 17/85	„Nein heißt Nein! #Ausnahmslos gegen jegliche sexualisierte Gewalt“	17; Personen: Editha Lorberg (CDU), Björn Thümler (CDU), Boris Pistorius (SPD), Grant Hendrik Tonne (SPD), Ulrich Waterman (SPD), Stephan Weil (SPD), Thela Wernstedt (SPD), Helge Limburg (Grüne), Antje Niewisch-Lennartz (Grüne), Belit Onay (Grüne), Anja Piel (Grüne), Christian Dürr (FDP), Marco Genthe (FDP), Jan-Christoph Oetjen (FDP)
Nordrhein-Westfalen (14.01.2016)	Sondersitzung (initiiert von: CDU/FDP) Plenarprotokoll: 16/102	„Ereignisse in der Silvesternacht in Köln“, „Serienweise Übergriffe auf Frauen rund um den Kölner Hauptbahnhof während der Silvesternacht“	17; Personen: Armin Laschet (CDU), Peter Biesenbach (CDU), Hamelore Kraft (SPD), Hans-Willi Körfiges (SPD), Norbert Römer (SPD), Ralf Jäger (SPD), Mehrdad Mostofizadeh (Grüne), Verena Schäffer (Grüne), Christian Lindner (FDP), Marc Lürbke (FDP), Dietmar Schulz (Piraten), Michele Marsching (Piraten), Daniel Schwerd (fraktionslos)

Tab. A3 (Fortsetzung)

Land	Art der Debatte	Titel der Debatte	Kodierte Redebeiträge
Rheinland-Pfalz (28.01.2016)	Antrag (initiiert von: SPD/ Grüne (a); CDU (b)) Plenarprotokoll: 16/112	Gemeinsame Behandlung von: a) „Nein heißt Nein – Frauen vor sexualisierter Gewalt umfassend schützen“; b) „Frauenrechte sind nicht verhandelbar“	8; Personen: Susanne Ganster (CDU), Alexander Schweitzer (SPD), Denis Alt (SPD), Daniel Köbler (Grüne), Anne Spiegel (Grüne), Rahim Schmidt (fraktionslos)
Sachsen-Anhalt (28.01.2016)	Antrag (initiiert von: Die Linke) Plenarprotokoll: 6/106	Sexualisierte Gewalt und Belästigung ächten – Prinzipien des Rechtsstaates und demokratische Grundwerte und Normen sind nicht verhandelbar	9; Personen: Siegfried Borgwardt (CDU), Nadine Hampel (SPD), Angela Kolb-Janssen (SPD), Cornelia Lüdemann (Grüne), Wulf Gallert (Linke) Dagmar Zoschke (Linke)
Schleswig-Holstein (20.01.2016)	Antrag (initiiert von SPD/ GRÜNE/SSW) Plenarprotokoll: 18/108	„Null Toleranz bei sexualisierter Gewalt – gegen politische Instrumentalisierung der Kölner Vorgänge“	14; Personen: Daniel Günther (CDU), Axel Bernstein (CDU), Ralf Stegner (SPD), Simone Lange (SPD), Torsten Albig (SPD), Eka von Kalben (Grüne), Wolfgang Kubicki (FDP), Heiner Garg (FDP), Torge Schmidt (Praten), Lars Harms (sonstige)
Thüringen (27.01.2016)	Aktuelle Stunde (initiiert von: AfD) Plenarprotokoll: 6/39	„Angsträume in Thüringen – Übergriffe verhindern, Recht durchsetzen, Sicherheit vermitteln – Sicherheitsgarantien der Landesregierung?“	6; Personen: Corinna Herold (AfD), Wolfgang Fiedler (CDU), Dorothea Marx (SPD), Holger Poppnhäger (SPD), Dirk Adams (Grüne), Steffen Dittes (Linke)

Tab. A4 Häufigkeitsverteilung der Kodes zu den Debatten nach Köln 2015/2016

Überkategorie		Partei							
		AfD (%)	CDU (%)	FDP (%)	Grüne (%)	Linke (%)	NPD (%)	SPD (%)	Sonstige (%)
Dia- gnose	Migration und Integration	15,0	9,8	2,9	10,6	9,5	16,7	9,3	16,7
	Öffentlicher Diskurs	20,0	9,8	20,6	12,9	14,3	16,7	15,3	4,2
	Sexualisierte Gewalt	15,0	7,6	11,8	14,1	14,3	–	12,7	12,5
	Sicherheit und Ordnung	25,0	19,6	17,6	10,6	9,5	16,7	13,6	20,8
Pro- gnose	Migration und Integration	4,0	8,7	2,9	5,9	16,7	16,7	7,6	4,2
	Öffentlicher Diskurs	–	7,6	8,8	9,4	9,5	8,3	6,8	8,3
	Sexualisierte Gewalt	–	4,3	–	11,8	7,1	–	4,2	8,3
	Sicherheit und Ordnung	–	9,8	14,7	8,2	–	8,3	12,7	12,5
	Verantwortungszuschreibung	20,0	22,8	20,6	16,5	19,0	8,3	17,8	12,5
<i>Summe</i>		100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Tab. A5 Analytisierte Debatten zu Chemnitz 2018

Land	Art der Debatte	Titel der Debatte	Kodierte Redebeiträge
Berlin (13.09.2018)	Aktuelle Stunde (initiiert von SPD) Plenarprotokoll: 18/30	Demokratie verteidigen – Berlin steht gemeinsam gegen Rassismus, Antisemitismus, Rechtsextremismus und Islamfeindlichkeit	7; Personen: Georg Pazderski (AfD), Burkard Dregger (CDU), Raed Saleh (SPD), Michael Müller (SPD), Antje Kappek (Grüne), Udo Wolf (Linke), Sebastian Czajka (FDP)
Hamburg (05.09.2018)	Aktuelle Stunde (initiiert von Grüne) Plenarprotokoll: 21/82	Rechtsextremismus beim Namen nennen: Bei neuer Mittwochs-Demo sind Rechtsstaat und Zivilgesellschaft gefordert	19; Personen: Alexander Wolf (AfD), Dirk Nockemann (AfD), Dennis Gladiator (CDU), André Treppoll (CDU), Sören Schumacher (SPD), Kazim Abaci (SPD), Hansjörg Schmidt (SPD), Andy Grote (SPD), Antje Möller (Grüne), Anjes Tjarks (Grüne), Christiane Schneider (Linke), Carl-Edgar Jarchow (FDP), Anna-Elisabeth von Treuenfels-Frowein (FDP), Ludwig Flocken (fraktionslos), Nebahat Güçlü (fraktionslos)
Mecklenburg-Vorpommern (14.09.2018)	2 Anträge (initiiert von SPD, CDU, Linke und BMV, AfD) Plenarprotokoll: 7/45	Fremdenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus entgegenreten/ Fremdenfeindlichkeit, Deutschenfeindlichkeit, Rassismus, Antisemitismus und Extremismus entgegenreten	10; Personen: Nikolaus Kramer (AfD), Ralph Weber (AfD), Gunter Jess (AfD), Horst Förster (AfD), Torsten Renz (CDU), Manuela Schwesig (SPD), Thomas Krüger (SPD), Jochen Schulte (SPD), Peter Ritter (Linke), Matthias Manthei (sonstige)
Niedersachsen (13.09.2018)	Aktuelle Stunde (initiiert von AfD/SPD) Plenarprotokoll: 18/25	Chemnitz – Endkampf um die Demokratie?/ Wehrhafte Demokratie in einer wachsenden Gesellschaft stärken	12; Personen: Klaus Wichmann (AfD), Christopher Emden (AfD), Jens Naeke (CDU), Uwe Schünemann (CDU), Ulrich Watermann (SPD), Boris Pistorius (SPD), Johanne Modder (SPD), Stephan Weil (SPD), Helge Limburg (Grüne), Anja Piel (Grüne), Stefan Birkner (FDP)
Nordrhein-Westfalen (20.09.2018)	Antrag (initiiert von CDU, SPD, FDP, Grüne) Plenarprotokoll: 17/35	Demokratie braucht Demokratinnen und Demokraten! Wehrhafte Demokratie mit Leben füllen	10; Personen: Christian Blex (AfD), Helmut Seifen (AfD), Markus Wagner (AfD), Christian Loose (AfD), Roger Beckamp (AfD), Marcus Optiendrenk (CDU), Armin Laschet (CDU), Sven Wolf (SPD), Josefine Paul (Grüne), Stephen Paul (FDP)

Tab. A5 (Fortsetzung)

Land	Art der Debatte	Titel der Debatte	Kodierte Redebeiträge
Sachsen (05.09.2018)	Regierungserklärung Plenarprotokoll: 6/77	Für eine demokratische Gesellschaft und einen starken Staat	33; Personen: Jörg Urban (AfD), Karin Wilke (AfD), Michael Kreitschmer (CDU), Christian Hartmann (CDU), Alexander Dierks (CDU), Roland Pohle (CDU), Hanka Kliese (SPD), Klaus Barfel (SPD), Albrecht Pallas (SPD), Dirk Panter (SPD), Wolfram Günther (Grüne), Petra Zais (Grüne), Valentin Lippmann (Grüne), Rico Gebhardt (Linke), Marco Böhme (Linke), Susanne Scharper (Linke), Frauke Petry (sonstige/fraktionslos), Kirsten Muster (sonstige/fraktionslos), Uwe Wurlitzer (sonstige/fraktionslos), Andrea Kersten (sonstige/fraktionslos)
Schleswig-Holstein (05.09.2018)	Aktuelle Stunde (initiiert von CDU, Grüne, FDP) Plenarprotokoll: 19/36	Öffentliche Äußerungen der Abgeordneten Doris von Sayn-Wittgenstein aufgrund der aktuellen Vorfälle in Chemnitz	11; Personen: Doris von Sayn-Wittgenstein (AfD), Jörg Nobis (AfD), Frank Brodehl (AfD), Tobias Koch (CDU), Ralf Stegner (SPD), Lasse Petersdotter (Grüne), Eka von Kalben (Grüne), Christopher Vogt (FDP), Lars Harms (sonstige)

Tab. A6 Häufigkeitsverteilung der Kodes zu den Debatten nach Chemnitz 2018

Überkategorie		Partei						
		AfD (%)	CDU (%)	FDP (%)	Grüne (%)	Linke (%)	SPD (%)	Sonstige (%)
Dia- gnose	Extremismus	12,5	14,3	17,1	15,7	15,9	16,0	7,7
	Krise der politischen Kultur	22,5	15,5	17,1	15,7	13,6	12,0	15,4
	Öffentlicher Diskurs	11,3	11,9	8,6	7,1	15,9	10,0	19,2
	Politikversagen	17,5	10,7	17,1	15,7	13,6	11,0	15,4
Pro- gnose	Demokrat. Grundwerte stärken	3,8	11,9	17,1	11,4	15,9	16,0	3,8
	Extremismus	2,5	7,1	2,9	5,7	4,5	8,0	3,8
	„Gute“ Politik	5,0	8,3	11,4	10,0	4,5	10,0	7,7
	Öffentlicher Diskurs	1,3	4,8	–	–	–	2,0	–
	Verantwortungs- zuschreibung	23,8	15,5	8,6	18,6	15,9	15,0	26,9
	<i>Summe</i>	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0	100,0

Danksagung Eine frühere Version dieses Artikels wurde beim Workshop *The Established Populists. The implications of the AfD's success* vorgestellt. Wir danken den Teilnehmer*innen für die hilfreiche Diskussion und der IASGP für die Unterstützung des Workshops.

Förderung Der Artikel entstand im Rahmen des von der DFG-geförderten Projekts „Die populistische Herausforderung in den Parlamenten“ (BL 1441/2-1, LE 3986/1-1, MU 3772/1-1, STE 2353/2-1).

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden.

Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen.

Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Interessenkonflikt T. Weiß, M. König, C. Stecker, J. Müller, A. Blätte und M. Lewandowsky geben an, dass kein Interessenkonflikt besteht.

Literatur

- Alexander, Robin. 2017. *Die Getriebenen Merkel und die Flüchtlingspolitik: Report aus dem Innern der Macht*. München: Siedler.
- Alikhani, Behrouz, und Inken Rommel. 2017. Aufstieg des Kulturrassismus: Von Huntington zu Sarrazin. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(1):9–24. <https://doi.org/10.1007/s12286-017-0363-8>.

- Arendt, Florian, Hans-Bernd Brosius, und Patricia Hauck. 2017. Die Auswirkung des Schlüsselereignisses „Silvesternacht in Köln“ auf die Kriminalitätsberichterstattung. *Publizistik* 62(2):135–152. <https://doi.org/10.1007/s11616-017-0322-z>.
- Arzheimer, Kai, und Carl C. Berning. 2019. How the Alternative for Germany (AfD) and their voters veered to the radical right, 2013–2017. *Electoral Studies* <https://doi.org/10.1016/j.electstud.2019.04.004>.
- Atzpodi, Dana Siobhan. 2020. Party competition in migration debates: the influence of the AfD on party positions in German state parliaments. *German Politics* <https://doi.org/10.1080/09644008.2020.1860211>.
- Aziz, A.A. 2005. *Das Bild des Islam und seiner Akteure in der Deutschschweizer Presse: eine Inhaltsanalyse von Blick, Tages-Anzeiger, NZZ*.
- Behrendes, Udo. 2016. Die Kölner Silvesternacht 2015/2016 und ihre Folgen Wahrnehmungsperspektiven, Erkenntnisse und Instrumentalisierungen. *NK Neue Kriminalpolitik* 28(3):322–343. <https://doi.org/10.5771/0934-9200-2016-3-322>.
- Bock, Jan-Jonathan. 2018. State Failure, Polarisation, and Minority Engagement in Germany's Refugee Crisis. *International Journal of Politics, Culture, and Society* 31(4):375–396. <https://doi.org/10.1007/s10767-018-9288-8>.
- Brugman, Britta C., und Christian Burgers. 2018. Political framing across disciplines: Evidence from 21st-century experiments. *Research & Politics* 5(2):205316801878337. <https://doi.org/10.1177/2053168018783370>.
- Castro Varela, María do Mar, und Nikita Dhawan. 2016. Die Migrantin retten!? *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 41(3):13–28. <https://doi.org/10.1007/s11614-016-0237-3>.
- Celikates, Robin. 2008. Von der Soziologie der Kritik zur kritischen Theorie? *WestEnd. Neue Zeitschrift für Sozialforschung* 5(2):120–132.
- D'Angelo, Paul. 2002. News framing as a multiparadigmatic research program: a response to Entman. *Journal of Communication* 52(4):870–888. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.2002.tb02578.x>.
- Decker, Frank. 2018. *Parteiendemokratie im Wandel*. Baden-Baden: Nomos.
- Detering, Heinrich. 2019. *Was heißt hier „wir“? Zur Rhetorik der parlamentarischen Rechten*. Stuttgart: Reclam.
- Dombos, Tamas, Andrea Krizsan, Mieke Verloo, und Violetta Zentai. 2012. Critical frame analysis: a comparative methodology for the 'quality in gender+ equality policies' (QUING) project. *CPS working papers*. <https://cps.ceu.edu/publications/working-papers/critical-frame-analysis-quiring>. Zugegriffen: 30. März 2021.
- Egg, Rudolf. 2017. Kölner Silvesternacht 2015: Verlauf, Ursachen und Folgen. *Forensische Psychiatrie Psychologie Kriminologie* 11(4):296–303.
- Entman, Robert M. 1993. Framing: toward clarification of a fractured paradigm. *Journal of Communication* 43(4):51–58. <https://doi.org/10.1111/j.1460-2466.1993.tb01304.x>.
- Ghadban, R. 2016. Importiertes Mittelalter; Muslimisches Familienrecht unterdrückt die Frauen. Und dieses archaische Rechtsverständnis wird von Islam-Verbänden auch noch propagiert, *Die Welt*.
- Green-Pedersen, Christoffer, und Peter B. Mortensen. 2010. Who sets the agenda and who responds to it in the Danish parliament? A new model of issue competition and agenda-setting. *European Journal of Political Research* 49:257–281.
- Hänggli, Regula, und Hanspeter Kriesi. 2012. Frame construction and frame promotion (strategic framing choices). *American Behavioral Scientist* 56(3):260–278. <https://doi.org/10.1177/0002764211426325>.
- Heinze, Anna-Sophie. 2020. Zum schwierigen Umgang mit der AfD in den Parlamenten: Arbeitsweise, Reaktionen, Effekte. *Zeitschrift für Politikwissenschaft* <https://doi.org/10.1007/s41358-020-00245-0>.
- Henkes, Christian, und Sascha Kneip. 2010. Von offener Neutralität zu (unintendiertem) Laizismus. *Leviathan* 38(4):589–616. <https://doi.org/10.1007/s11578-010-0100-z>.
- Jankowski, Michael, und Marcel Lewandowsky. 2018. Die AfD im achten Europäischen Parlament: Eine Analyse der Positionsverschiebung basierend auf namentlichen Abstimmungen von 2014–2016. *Zeitschrift für Vergleichende Politikwissenschaft* 12(3):567–589. <https://doi.org/10.1007/s12286-018-0394-9>.
- Keller, Reiner. 2011. *Diskursforschung. Eine Einführung für SozialwissenschaftlerInnen*. Wiesbaden: VS.
- Kepplinger, Hans Mathias. 2011. *Realitätskonstruktionen*. Wiesbaden: VS.
- Kersten, Joachim. 2016. Flüchtlingskrise, Männergewalt und „Stranger Danger“ Anmerkungen zur Köln-Debatte. *Neue Kriminalpolitik* 28(4):367–377. <https://doi.org/10.5771/0934-9200-2016-4-367>.

- Kesting, Norbert, Abel Reiberg, und Phillip Hocks. 2018. Discourse quality in times of populism: an analysis of German parliamentary debates on immigration policy. *Communication & Society* 31(3):77–91. <https://doi.org/10.15581/003.31.3.77-91>.
- Klemm, Sarah. 2017. Der deutsche Asyldiskurs vor und nach der Silvesternacht 2015, Eine Diskursanalyse parlamentarischer Debatten des Deutschen Bundestags. In *Working Paper*, Hrsg. Freie Universität Berlin Center for North African and Middle Eastern Politics. Berlin: Center for North African and Middle Eastern Politics, Freie Universität Berlin.
- Koopmans, Ruud, und Jasper Muis. 2009. The rise of right-wing populist Pim Fortuyn in the Netherlands: a discursive opportunity approach. *European Journal of Political Research* 48(5):642–664. <https://doi.org/10.1111/j.1475-6765.2009.00846.x>.
- Kortmann, Matthias, Christian Stecker, und Tobias Weiß. 2019. Filling a representation gap? How populist and mainstream parties address muslim immigration and the role of Islam. *Representation* <https://doi.org/10.1080/00344893.2019.1667419>.
- Kühl, Stefan. 2017. GEWALTMASSEN: Zum Zusammenhang von Gruppen, Menschenmassen und Gewalt. *APuZ* 67(4):22–26.
- Landwehr, Claudia, Thorsten Faas, und Philipp Harms. 2017. Bröckelt der Verfahrenskonsens? Einstellungen zu politischen Entscheidungen und demokratischen Entscheidungsverfahren in Zeiten des Populismus. *Leviathan* 45(1):35–54. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2017-1-35>.
- Meguid, Bonnie M. 2005. Competition between unequals: the role of mainstream party strategy in niche party success. *American Political Science Review* 99(03):347–359. <https://doi.org/10.1017/S0003055405051701>.
- Patzelt, Werner J. 2017. Der 18. Deutsche Bundestag und die Repräsentationslücke. Eine kritische Bilanz. *ZSE Zeitschrift für Staats- und Europawissenschaften* 15(2–3):244–285. <https://doi.org/10.5771/1610-7780-2017-2-3-244>.
- Patzelt, Werner J. 2018. Pegida-Demonstranten und Deutschlands Demokratie. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49(1):111–128. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-1-111>.
- Petrocik, John R. 1996. Issue ownership in presidential elections, with a 1980 case study. *American Journal of Political Science* 40(3):825–850. <https://doi.org/10.2307/2111797>.
- Pfahl-Traughber, Armin. 2019. *Die AfD und der Rechtsextremismus*. Wiesbaden: VS.
- Riabova, Tatiana, und Oleg Riabov. 2019. The “Rape of Europe”: 2016 New Year’s Eve sexual assaults in Cologne in hegemonic discourse of Russian media. *Communist and Post-Communist Studies* 52(2):145–154. <https://doi.org/10.1016/j.postcomstud.2019.04.004>.
- Ruhose, Fedor. 2019. *Die AfD im Deutschen Bundestag*. Wiesbaden: VS.
- Sarcinelli, U., und J. Tenscher. 2008. *Politikerherstellung und Politikdarstellung: Beiträge zur politischen Kommunikation*. Köln: Herbert von Halem.
- Schellenberg, Britta. 2013. Developments within the radical right in Germany: discourses, attitudes and actors. In *Right-wing populism in Europe*, Hrsg. Ruth Wodak, Majid Khosravini, und Brigitte Mral, 149–162. London: Bloomsbury Academic.
- Schroeder, Wolfgang, und Bernhard Weßels. 2019. *Smarte Spalter. Die AfD zwischen Bewegung und Parlament*. Berlin: Dietz.
- Schroeder, Wolfgang, Bernhard Weßels, und Alexander Berzel. 2018. Die AfD in den Landtagen: Bipolarität als Struktur und Strategie – zwischen Parlaments- und „Bewegungs“-Orientierung. *ZParl Zeitschrift für Parlamentsfragen* 49(1):91–110. <https://doi.org/10.5771/0340-1758-2018-1-91>.
- Stecker, Christian. 2015. Parties on the chain of federalism: position-taking and multi-level party competition in Germany. *West European Politics* 38(6):1305–1326. <https://doi.org/10.1080/01402382.2015.1029366>.
- Van Der Haar, Marleen, und Mieke Verloo. 2016. Starting a conversation about critical frame analysis: reflections on dealing with methodology in feminist research. *Politics & Gender* 12(03):167. <https://doi.org/10.1017/s1743923x16000386>.
- Verloo, Mieke, und E. Lombardo. 2007. Contested gender equality and policy variety in Europe: introducing a critical frame analysis approach. In *Multiple meanings of gender equality: a critical frame analysis of gender policies in Europe*, Hrsg. Mieke Verloo, 21–51. Budapest: Central European University Press.
- Von Berg, Heinz Lynen. 2019. Der Niedergang der SPD als Volkspartei und ihr hilfloser Antipopulismus. *Leviathan* 47(1):7–27. <https://doi.org/10.5771/0340-0425-2019-1-7>.
- Weber, Beverly. 2016. “We must talk about Cologne”: race, gender, and reconfigurations of “Europe”. *German Politics and Society* 34(4):68–86. <https://doi.org/10.3167/gps.2016.340405>.
- Wodak, Ruth, Majid Khosravini, und Brigitte Mral. 2013. *Right-wing populism in Europe: politics and discourse*. London: Bloomsbury Academic.